

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Verzeichnungs-
 Liste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Koloniel-
 stelle oder deren Raum 40 Pf., für
 Berlin- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 nachmittags geöffnet.
 Anzeigensprecher: Amt 1, Nr. 1508,
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 3. März 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Zentrum und Flottengesetz.

Am 7. März wird die Zentrumsfraktion des Reichstages zusammengetreten, um über ihre Stellungnahme zum Flottengesetz, wie es sich mittlerweile in den Beratungen der Budgetkommission gestaltet haben wird, zu entscheiden. Wir haben seit Dr. Lieber's Rede bei der ersten Lesung des Gesetzesentwurfes nicht daran gewarheit, daß das Zentrum demselben zur Annahme verhelfen wird. Nicht ganz so zweifelslos ist nur, ob das Zentrum dieser Vorlage gegenüber geschlossen bleiben wird, oder ob sich eine Anzahl Stimmen abspalten werden, die bei der Opposition verbleiben.

Wir hatten gestern die „Märkische Volkszeitung“ und die „Bonner Reichszeitung“ als Gegner der Lieber'schen Vermittlungsvorschläge zitiert. Auch der Abg. Dr. Schmitt in Mainz und das Mainzer Organ der Zentrumsparthei sowie andere kleinere Zentrumsblätter wollen nicht mit Lieber gehen. Die „Märk. Volksztg.“ weist heute in einem ihr von einem Parlamentarier geschriebenen Artikel nach, daß die Anträge des Dr. Lieber hinsichtlich der Bindung des Etatsrechts im Grunde fast genau dasselbe besagen, wie der Regierungsentwurf, was auch von unserer Seite bereits betont wurde.

Derweilen hat sich die Budgetkommission in ihrer Mittwoch-Sitzung noch ausführlicher mit der Kostendeckungsfrage befaßt. Sie ist mit ihren Beratungen hierüber noch nicht am Ende; aber auch hier steht eine Einigung zwischen einer Mehrheit der Kommissionsmitglieder und der Regierung so gut wie außer Zweifel. Herr Dr. Lieber will auch hier der Regierung eine goldene Brücke bauen. Er hat den folgenden Antrag (als § 9) eingebracht, der noch nicht zur Beratung gekommen ist:

Soweit die Summe der fortdauernden und der einmaligen Ausgaben der Marineverwaltung in einem Etatsjahr den Betrag von 117 525 494 M. übersteigt und die aus den heutigen Steuer- und Zollgesetzen dem Reich zustehenden eigenen Einnahmen zur Deckung des Bedarfs nicht ausreichen, ist der Mehrbetrag durch Matrikularbeiträge aufzubringen.

Bundesstaaten, welche eine allgemeine Einkommensteuer erheben, haben statt der nach Abs. 1 aufzubringenden Matrikularbeiträge einen Zuschlag zur Einkommensteuer von demjenigen Steuerpflichtigen, welche ein Einkommen von 10 000 M. und mehr beziehen, für das Reich zu erheben.

Der Einheitsfuß dieses Zuschlages zur Einkommensteuer beträgt für je 100 M. des Jahreseinkommens von

10 000 M. einschl. bis zu 50 000 M. . . .	0,25 M.
50 000 „ „ „ „ 100 000 „	0,50 „
100 000 „ „ „ „ 200 000 „	0,75 „
200 000 „ und mehr	1,00 „

Durch das Reichshaushalts-Gesetz wird bestimmt, wie viele Prozente des Einheitsfußes zur Erhebung kommen sollen. Der Prozentfuß ist so zu bemessen, daß das zu erwartende Erträgnis der Zuschlagsteuer dem Betrag an Matrikularbeiträgen gleichkommt, welche von der Gesamtheit der die Zuschlagsteuer erhebenden Bundesstaaten nach Abs. 1 aufzubringen sein würde.

Für die Veranlagung und Erhebung der Zuschlagsteuer sind die landesrechtlichen Vorschriften über Veranlagung und Erhebung der Einkommensteuer maßgebend.

Es ist sehr wohl möglich, daß sich für diesen Antrag eine Mehrheit in der Kommission findet und daß die Regierung ebenfalls damit einverstanden ist. Warum auch nicht? Dieser Antrag ist eine Jesuiterei, gut genug vielleicht, um oberflächlichen Leuten etwas vorzutäuschen, leicht zu durchschauen aber in ihrer Wertlosigkeit für den, welcher ein wenig näher daraufsieht.

Der Zentrumsantrag ist etwas ganz anderes als der ähnlich scheinende sozialdemokratische Antrag, welcher der Kommission vorliegt. Letzterer fordert, daß jede Summe für Marinezwecke, um welche der Marine-Etat 1897/98 überschritten werden wird, auf dem Wege einer Reichs-Einkommensteuer aufgebracht werden soll. Der Antrag des Dr. Lieber dagegen will erst dann die Besteuerung der „starken Schultern“ eintreten lassen, wenn die über den 97/98er Etat überschreitenden Forderungen nicht mehr durch die Einnahmen aus Steuern und Zöllen des Reiches gedeckt werden. Sollte es also, was sehr wohl möglich, geschehen, daß die Einnahmen aus Reichssteuern und Zöllen „genügend“ wachsen, so wird dieser zuwachsende Theil in die Marine gesteckt werden, während der sozialdemokratische Antrag ermöglichen würde, daß dieser Theil der Reichseinnahmen für andere Zwecke verwendet werden könnte. Nach diesem Antrag Lieber würde also wiederum die breite Masse des arbeitenden Volkes durch die Belastung ihrer notwendigsten Lebensmittel den Kostenaufwand für die neuen Schiffsforderungen zu tragen haben. Das ist die angebliche Freundschaft des Zentrums gegen die indirekten Steuern! Dazu kommt selbstverständlich, daß der sozialdemokratische Antrag nur als ein Eventualantrag gedacht ist, um die prinzipiell unannehmbare Vorlage einigermaßen zu bessern, während das Zentrum prinzipiell für die Vorlage eintritt.

Es ist offenbar, daß das Zentrum in der Deckungsfrage dasselbe Spiel treiben möchte, wie in der Frage des Etatsrechts. Während es thatsächlich alle Wünsche der Regierung erfüllt, möchte es den Massen gegenüber den Schein erwecken, als habe es vielfache Milderungen vorgenommen und die Interessen der Steuerzahler gewahrt.

Scheinbar Vermittler zwischen Volk und Regierung ist das Zentrum bereit, die Interessen des Volkes zu verrathen und sie der Regierung völlig anzuliefern. Das Zentrum sühnt sich ja bereits so sehr als Regierungspartei, daß es zur

Begründung seiner Haltung ungenirt ganz ähnlich argumentirt wie die Regierung selber. Ebenso offen wie ungeschickt legt jetzt die partei-offizielle „Zentrums-Korrespondenz“ die Gründe für die Bewilligung der Vorlage dar. Sie stellt die Frage:

„Ist es besser, das solberg'stalt verbesserte Septennat anzunehmen, oder soll man es auf einen Konflikt ankommen lassen, wie ihn ein Theil unserer Gegner wünscht?“

und sie antwortet darauf folgendermaßen:

„Wir betrachten die Sache vom Gesichtspunkt der zwei Uebel, von denen man das kleinere wählen muß. Die ganze „Bindung“ gefällt uns nicht. Aber wir müssen mit den vorhandenen Thatsachen rechnen, als da sind:

1. Die Regierung hat weithin Sympathien für ihre Vorlage gefunden, weil man nach den bisherigen „uferlosen“ Anfordrungen größere Forderungen erwartet hatte.
2. Die Ereignisse in Kiaotschau und die neuen Hoffnungen für den Handel und die Missionen haben die Opferwilligkeit für die Marine gesteigert.
3. In weiten Kreisen ist man sehr erfreut darüber, daß jetzt ein abgeschlossener Plan für die Ausbildung und Erhaltung der Flotte vorgelegt worden ist, und glaubt, daß diese Sicherheit gegen „plötzliche“ Mehrforderungen und alljährliche Streitigkeiten ein Opfer werth sei.
4. Die Erfahrung von 1887, wo jeder Mann und jeder Groschen bewilligt, aber um das konstitutionelle Recht gekritten wurde, macht es zweifelhaft, ob das Volk für eine bloße Frage des Etatsrechts und des verfassungsmäßigen Gleichgewichts das rechte Verständnis und das nötige Interesse haben wird.
5. Auf dem militärischen Gebiete haben Pauschquantum, Septennat und Quinquennat sich schon eingebürgert; umso schwerer ist die Abwehr ähnlicher Einrichtungen für die Marine.
6. Ein Konflikt bringt furchtbare Gefahren mit sich. Ob wir aber auf dem Wege eines Konflikts zu einer besseren und billigeren Lösung der Flottenfrage kommen würden, ist doch sehr zweifelhaft.

„Wer alles in allem nimmt, wird wohl die erwähnte Verständigung für das kleinere Uebel halten.“

Diese Auslassung zeigt, wie lahm und feig die Sucht nach Regierungsgünst die Zentrumsleute gemacht hat.

Man will das Schlimme hinnehmen, weil noch Schlimmeres möglich gewesen wäre. Man läßt sich geduldi Fristen verabreichen, weil das noch besser sei, als mit der Peitsche geächtigt zu werden.

Die chinesischen Vorgänge sollen die Opferwilligkeit für die Marine gesteigert haben. Man sagt, das Volk sei bewilligungslustig geworden, weil man selbst es geworden ist. Aber die Zentrumsleute wie andere Wähler wissen heute wie vor der Bestimmung von Kiaotschau, daß die Blüthe des Handels nicht von der Zahl der Panzerschiffe abhängt, sondern von ganz anderen Umständen. Und was die Missionen betrifft, so wird wohl des katholischen Volkes christliche Auffassung nicht dahin gehen, daß den „Heiden“ das Christenthum mit „gepanzelter Faust“ beigebracht werden soll.

Man sei erfreut, sagt die „Zentrums-Korresp.“ ferner, daß jetzt ein abgeschlossener Schiffs-Bauplan vorliege und Sicherheit gegeben werde gegen „plötzliche“ Mehrforderungen und alljährliche Streitigkeiten; das sei ein Opfer werth. Anders hat auch die Regierung selbst nicht für ihre Vorlage argumentirt.

Aber abgesehen davon, daß plötzliche Mehrforderungen durch das jetzige Gesetz noch lange nicht wirklich ausgeschlossen bleiben — wozu ist denn die Volksvertretung vorhanden, wenn nicht dazu, daß sie etwa solcher „Plötzlichkeit“ entgegensteht. Und die „alljährlichen Streitigkeiten“. Ja, wenn man sich nicht „streiten“ will, wozu denn ein Reichstag? Dann mögen die Zentrumsabgeordneten doch überhaupt zu Haus bleiben. Mit solchen Motivirungen, so leichtfertig will man das Budgetrecht des Reichstags preisgeben!

Diese Leichtfertigkeit ist um so schlimmer, als man sich auch in Zentrumskreisen selbst nicht verhehlt, daß des heutigen Reichstages Devise allerdings ist: Plötzlich ist Trumpf! Da wäre doch folgerichtig zu schließen, daß jetzt weniger denn je der Reichstag ein solch wichtiges Recht wie das der jährlichen Bewilligung des Marine-Etats aus den Händen geben soll, um gegenüber jenen „Plötzlichkeiten“ ein wirkungsvolles Mittel zu besitzen.

Wie einseitig ist es da, auf die Erfahrungen von 1887 zu verweisen. Das Zentrum vergißt plötzlich, mit welchen Mitteln damals die Hurrab-Wahl gemacht wurde; es vergißt die gewaltige Verstimmung des deutschen Volkes bezüglich der militärischen Forderungen in der Zeit von 1887 bis 1898; es vergißt, daß 1898 bereits eine große Mehrheit der Wähler gegen die Militärvermehrung stimmte.

Anstatt daß die leitenden Partei-Organen und die Parteiführer etwaige Irreleitungen ihrer Wähler bekämpfen, verbreiten sie selbst Angst und Desorganisation in den eigenen Reihen. Früher kämpfte man eifrig gegen Septennat und Quinquennat des Landheeres. Jetzt will man freiwillig das letzte Recht in Militärfragen preisgeben, weil es nicht möglich gewesen, jene anderen Rechte zu bewahren.

Man malt Konflikte und furchtbare Gefahren an die Wand. Im vorigen Jahre wurde mit dem „Kladderadatsch“ gedroht, wenn nicht sämtliche Marineforderungen bewilligt würden, und das Zentrum lehnte dennoch zwei Kreuzer ab. Jetzt, wo es sich um außerordentlich viel größere Forderungen und um die Vernichtung des Etatsrechts handelt, übernimmt das Zentrum selbst die Cassandra-Rolle, kündigt „furchtbare Gefahren“.

Anstatt den absolutistischen Bestrebungen mannhaft entgegenzutreten, leistet ihnen das Zentrum größten Vorschub. Mag die Zentrumsparthei nur diesen Weg zu Ende wandeln. Dann haben die Wähler das Wort.

1848. Erinnerungstage der Revolution.

3. März.

Der Bundestag in Frankfurt a. M. beschließt, daß jedem deutschen Bundesstaat frei gestellt werde, die Zensur aufzuheben und die Pressfreiheit zu gestatten, dies jedoch unter Garantien, welche die deutschen Bundesstaaten und den ganzen deutschen Bund gegen den Mißbrauch der Pressfreiheit sicherstellen.

In München waren schon am 2. die Kravalle wieder ausgebrochen. Am 8. werden dem König Sturmpetitionen mit den liberalen Forderungen gebracht. Der König giebt nur theilweis nach und verfügt die Einberufung der Stände erst auf den 31. Mal.

König hatte am 8. große Massentumgebungen der Bürgerschaft und ebenso der Arbeiter. Die letzteren verlangten Schutz der Arbeit, Sicherstellung der menschlichen Bedürfnisse. Sie wurden abends von Militär auseinandergetrieben.

In Leipzig erstattet abends eine mit einer Adresse nach Dresden gesandte Deputation vom Rathhaus-Balkon aus der Bürgerschaft Bericht. Der König hat sich den Forderungen gegenüber ablehnend verhalten. Professor Biedermann und Robert Blum beernbigen die Menge und fordern die Entlassung der Minister.

Auch in Hamburg, sowie in Wismar in Mecklenburg fanden am 8. Tumulte statt.

In der freien Reichsstadt Frankfurt a. M. wurden dem Senat durch eine Deputation die Forderungen des Bürgerthums überreicht.

Die erste Volksversammlung in Braunschweig findet am 9. statt, die in der Folge entstehende politische Agitation führt bald die Aufhebung der Zensur und die Gewährung der sonstigen Wünsche herbei.

Ludwig Kossuth hält vor der versammelten Ständetafel in Preshburg seine berühmte Rede gegen das Metternich'sche System. Es wird eine Adresse an den Kaiser wegen Einführung der konstitutionellen Verfassung und eines besonderen Ministeriums für Ungarn beschlossen.

Politische Uebersicht.

Berlin, 2. März.

Das preussische Abgeordnetenhaus nahm heute zunächst in dritter Lesung den Gesetzentwurf betreffend Erhöhung des Grundkapitals der Zentral-Genossenschaftskasse unverändert an, nachdem in der Generaldebatte noch einmal Abg. Trendt (fr.) seine Rede über die falsche Diskontpolitik des Reichsbankpräsidenten gehalten hatte.

Die hierauf folgende zweite Beratung der Vorlage betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung der durch die Hochwasser des Sommers 1897 herbeigeführten Beschädigungen bot eine treffende Illustration zu dem Satz, daß in Preußen die Kulturaufgaben nicht leiden. Mit der ursprünglichen Regierungsvorlage soll der Regierung zur Gewährung von Beihilfen ein Betrag von 5 Millionen zur Verfügung gestellt werden. Die Kommission hat, da nach ihrer Meinung diese Summe nicht ausreicht, bestimmt, daß der Betrag im Bedarfsfall bis zu 10 Millionen erhöht werden kann, und hiergegen sträubte sich der Finanzminister Dr. v. Miquel mit Händen und Füßen, angeblich aus konstitutionellen Bedenken, in der That aber wohl, weil er das Prinzip befolgt, in der Verwendung von Geldern für Kulturzwecke recht sparsam zu sein. Aber selbst seine verdeckte Drohung, daß die Regierung im Falle der Annahme des Kommissionsantrages der Vorlage eventuell nicht zustimmen würde, konnte das Haus nicht schwanzend machen. Die Vertreter der verschiedenen Parteien versprachen zwar, daß sie sich bemühen würden, zwischen der zweiten und dritten Lesung eine Verständigung zu erzielen, vorläufig jedoch wurde die Vorlage in der Kommissionsfassung einstimmig angenommen.

Morgen: Zweite Lesung des Ausiedelungsgesetzes (Hundertmillionen-Fonds gegen die Polen), Etat der Ausiedelungskommission.

Noch ein Denkmahl. Der Petitionskommission des Reichstages stehen, wie es scheint, noch nicht genug Fürstendenkmäler in Berlin. In ihrer gestrigen Sitzung beschloß die Kommission, aus Anlaß einer Petition der jüngsten Stadt im Deutschen Reich — Schöneberg bei Berlin —, welche für ein Kaiser Friedrich-Denkmal Reichsmittel erbat, dem Reichstagsplenium eine Resolution vorzuschlagen, durch welche die Kosten eines Kaiser Friedrich-Denkmales dem Kaiser aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt werden sollen. Dieser Beschluß der Kommission wird wohl kaum vom Plenum sanktionirt werden können, da derselbe sich gegen den Willen des jetzigen Kaisers richtet, der sich ausdrücklich — gegenüber dem Anerbieten der Stadt Berlin — vorbehalten hat, seinem Vater selbst ein Denkmal zu errichten. Der Reichstag wird es sicher ablehnen,

durch die Vergabe von Mitteln dem schönen Plan ländlicher Pietät hinderlich zu sein. —

Eine Staatsgabe an die Landwirtschaft. Von der Entwicklung der Kleinbahnen hofft ein Teil unserer Landwirthe bedeutende Vorteile, und zweifellos werden durch diese einfachen und billigen, den örtlichen Verhältnissen angepassten Verkehrsmittel viele abgelegene und vernachlässigte Bezirke überhaupt erst an das große Staats-Eisenbahnnetz angegliedert und in Zufuhr und Absatz von den Fesseln des bloßen Nachbarchafts-Verkehrs befreit.

Eine dem preussischen Landtag zugegangene „Nachweisung“ beweist von neuem, daß Herr Miguel auch hier seinen agrarischen Lieblingen und Schülern gegenüber seine sonstige Zuneigung ganz abgelegt hat. Durch die Gesetze von 1895, 1896 und 1897 sind einmal 5 000 000 und zweimal 8 Millionen, im ganzen also 21 Millionen Mark zur Förderung von Kleinbahnen bewilligt worden, deren Gründung und Betrieb der Staat mit recht dem Privatkapital, vor allem jedoch den Kreisen und Selbstverwaltungs-Körperschaften überläßt. Der Staat betheilt sich entweder — wie ein Aktionär oder wie die Kreise — an den Bahnunternehmungen selber durch Kapitaleinsatz, oder er gewährt niedrig verzinsliche, amortisierbare Darlehen; ausnahmsweise sind auch Beihilfen à fonds perdu gestattet.

Bisher sind nun bis zum Schlusse des Jahres 1897 8,15 Millionen Staatsbeihilfen für Kleinbahnen fest zugelegt. In Aussicht gestellt sind weitere 7,94 Millionen. Endlich sind zwölf geplante Bahngründungen soweit geklärt und angeordnet, daß Anträge auf Gewährung von Staatsgeldern in zahlenmäßig bestimmter Höhe vorliegen, und zwar im Gesamtbetrage von 7,58 Millionen. Im ganzen giebt das einen festgelegten und wahrscheinlichen Aufwand des Staates von über 23 Millionen Mark, sodas die Bereitstellung von neuen 2 Millionen, über die früheren 21 Millionen hinaus, schon dadurch sich ergeben würde. Wenn man erwägt, wieviel Zeit und Mühe jedesmal die Beschlußfassung der Selbstverwaltungs-Verbände, die Verständigung mit den Interessenten, die Fertigstellung des Bauplanes und des Kostenschlages bei Eisenbahn-Unternehmungen erfordert, so wird man aus diesen Mittheilungen den großen Fortschritt erkennen, den man seit 1895 auf diesem Gebiete eröffnet hat.

Außer den erwähnten zwölf Fällen standen Ende 1897 bereits nicht weniger wie 21 weitere Anträge in sicherer Aussicht. Sie hatten sich nur noch nicht zu genau untersuchen und im Detail begründeten Geldforderungen verdrückt.

Durch die bereits erfolgte Bewilligung von etwas über 8 Millionen Mark Staatsbeihilfe ist das Zustandekommen von rund 1050 Kilometern Kleinbahnen gesichert worden; mithin entfallen auf je einen Kilometer im Durchschnitt 7800 M. Staatsgelder.

Fast alle diese unterstützten Bahnen kommen so gut wie ausschließlich der Landwirtschaft zu gute, die trotzdem freilich nicht die geringste Reizung zeigt, ihre Klagen über Vernachlässigung und Zurücksetzung irgendwie zu mildern. —

Die Kandidatur des Prinzen Georg für den Gouverneurposten von Kreta wird ohne Zweifel von russischer Seite im Stillen, aber um so eifriger fortbetrieben. Die nachfolgende Meldung der „Intern. Korresp.“ aus Athen, welche sich mit der Stellung der kleineren Balkanstaaten zur Kandidaturfrage beschäftigt, zeigt, wie Aufstand auf Umwegen seinem Ziele nachgeht. Die Mittheilung lautet:

„Die serbische Regierung hat in einer besonderen Note die griechische Regierung davon in Kenntniß gesetzt, daß sie wider gegen die Berufung des Prinzen Georg nach Kreta irgend welchen Einspruch erheben, noch auch dieselbe zum Anlaß nehmen würde, für das Serbenthum auf der Balkanhalbinsel Erlaubnisse geltend zu machen. Fürst Nikolaus von Montenegro hatte kurz vorher in einem Handschreiben an den König Georg erklärt, daß er aus Rücksicht auf seine Familie der Einsetzung des Prinzen Ljubo Petrovitch als Gouverneur von Kreta nicht zustimmen könne, daß er aber die Berufung des griechischen Prinzen Georg von ganzem Herzen begrüßte. Fast gleichzeitig veröffentlichte das bulgarische Regierungsblatt „Mir“ einen Artikel, worin erklärt wurde, daß die Einsetzung des Prinzen Georg auf Kreta den bulgarischen Interessen in keiner Weise zuwiderlaufe.“

Es ist kaum zu bezweifeln, daß russische Beeinflussungen hinter diesen Kandidaturen stehen. —

Der Streit um das Niger-Gebiet kam am Dienstag auch in der französischen Kammer zur Besprechung. Der Minister des Aeußeren Hanotaux gab darüber ähnliche Erklärungen ab, wie sie kürzlich in englischen Unterhaufe von der dortigen Regierung abgegeben wurden. Er hoffte, so führte Herr Hanotaux aus, daß die Verhandlungen zu der für beide Länder so wünschenswerthen Verständigung führen werden, trotz der in der Presse geführten Polemik und trotz der verbreiteten alarmirenden Nachrichten. Die Kommission würde sich ihren Arbeiten mit Ruhe, und man dürfe Vertrauen haben zu den freundschaftlichen Bestimmungen der beiden Regierungen und zu den positiven und verständlichen Instruktionen, die sie ihren an Ort und Stelle befindlichen Offizieren erteilt hätten. Die Arbeiten der Kommission seien schon stark vorgeschritten; die Rechte und Interessen Frankreichs würden energisch verteidigt, indeß seien gegenseitige Zugeständnisse nicht ausgeschlossen. —

Die Stellung Englands in China. Während die englischen Staatsmänner sich bisher über diese zur Zeit wichtigste Frage auch der englischen auswärtigen Politik fast völlig in Stillen gehalten, ist es am Dienstag zu einer umfassenden Aussprache über diese Dinge im Unterhaus gekommen.

Zunächst machte der Unterstaatssekretär Curzon einige Mittheilungen über die Stellung Rußlands:

„Man habe keine Veranlassung, die Gerüchte, daß russische Truppen in die Mandchurei und speziell nach Kitin vorgezogen seien. In Port Arthur existiren gegenwärtig keine Truppen. Es sei keine Frage betr. Besetzung irgend eines chinesischen Gebietes durch Rußland ausgetaucht, abgesehen von der Besetzung eines Hafens, und hinsichtlich der Erschließung desselben seien die Bedingungen dem Hause schon mitgetheilt.“

Darauf fragte Harcourt an, ob die Regierung den Schriftwechsel mit den Regierungen Rußlands und Deutschlands vorlegen werde, welcher sich an die von den betreffenden Mächten vorgenommene Besetzung von Küstenplätzen China's angegeschlossen habe. Curzon erwiderte:

„Es sei jetzt noch zu früh, um diese Schriftstücke vorzulegen, da die Unterhandlungen noch fort dauern; er hoffe, es später thun zu können.“

Im weiteren Verlaufe der Debatte führt der Unterstaatssekretär noch folgendes aus:

Er erkenne an, daß der Handel und die Interessen Englands in China überwiegen, aber sie schließen keineswegs jede Rücksichtnahme aus. Man sei nicht berechtigt, neue Konkurrenz mit Eifersucht zu betrachten, so lange ihr Wettbewerb legitim und friedlich sei. England solle lieber alle Bestrebungen darauf richten, im Zeitalter der Konkurrenz

das zu erhalten, was es im Zeitalter des Monopols gewonnen habe. Die Regierung meine, daß die Integrität und die Unabhängigkeit Chinas Dinge von größter Wichtigkeit seien und als Grundlagen für die englische Politik anzusehen seien. Er gehöre nicht zu denen, die an die Beständigkeit der chinesischen Regierung glauben. Die englische Politik müsse aber dahin streben, die Zerplitterung des Landes so weit wie möglich zu verhindern oder hinauszuschieben. Er könne sich Verhältnisse denken, die England zwingen könnten, sich von dieser Haltung loszusagen, aber die Wahrscheinlichkeit oder die Veranlassung irgend eines chinesischen Gebietes sei kein Theil der jetzigen englischen Politik. Es sei daher nicht wahrscheinlich, daß andere eine derartige Politik mit Befriedigung betrachten würden. Die jüngsten Ereignisse gehen zurück auf den Sinesisch-japanischen Krieg, der einen großen Einfluß auf das Gleichgewicht im Osten und auf die Stellung aller Mächte ausgeübt habe, die Interessen in China haben. England habe am Schlusse des Krieges der Allien Rußlands, Deutschlands und Frankreichs ferngestanden. Hieraus habe sich der größere Einfluß der letztgenannten Mächte entwickelt, der in den jüngsten Ereignissen sich betheiligte habe.“

Curzon sprach schließlich über die Verhandlungen, die bezüglich der chinesischen Anleihe geführt worden sind; die hierüber von ihm mitgetheilten Thatsachen sind jedoch schon vorher in der Öffentlichkeit bekannt gewesen.

Diese Darlegungen des Unterstaatssekretärs bestätigen den Eindruck, den man seit geraumer Zeit von der englischen Politik in Ostasien gewinnen mußte. Diese Politik ist alles andere, nur nicht eine aggressive. England hat genug zu thun, um seinen ungeheuren Besitz in allen Erdtheilen zu bewahren und kann es nicht verhindern, wenn auch andere Mächte sich an dieser oder jener Stelle territorialen Zuwachs oder Ausweitung ihres Handels schaffen. England will, wie Curzon sagte, was es im Zeitalter des Monopols gewann, im Zeitalter der Konkurrenz erhalten. —

Der Abschluß der chinesischen Anleihe. Die „Times“ melden aus Peking: Der Vertrag betreffs der chinesischen Anleihe wurde am 1. März im Tsungliyamen unterzeichnet. Die Sicherheit bilden der unverfälschte Rest der Zollrückläufe und einzeln aufgeführte Einkünfte. Die Einkünfte von Chongking und aus den Provinzen des Yangtsehaltes werden unter die unmittelbare Kontrolle der Reichsregulativverwaltung gestellt. Der Vertrag ist rein kommerziell, frei von politischen Bedingungen. Die Anleihe ist mittels eines Tilgungsfonds am Ende von 45 Jahren einzulösen.

Deutsches Reich.

— Tagegelder für Reichstags-Abgeordnete. Die „M. u. P. C.“ will wissen, daß in der Reichsregierung erwogen werde, ob es sich nicht empfehlen dürfe, den nicht in Berlin wohnenden Mitgliedern des Reichstags Wohnungsgelder zuzubilligen; diese Wohnungsgelder widersprechen ebenso wenig der Verfassungsbekanntmachung wie die Gewährung von Freifahrtkarten. Die „D. Tagesztg.“ giebt die Mittheilung ohne Gewähr wieder, glaubt aber, darauf hinweisen zu sollen, daß ihres Erachtens Wohnungsgelder auch unter dem Begriff der „Einkünfte“ fallen. Das ist aber nur ein unverdächtiges Kompliment vor Friedrichshagen, die Bündler sind trotzdem für Diäten und zwar für recht hohe. —

— An den Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, von welchen verlautete, daß seitens des Reichsamtes des Innern regulative Änderungen ausgearbeitet würden, wird, wie der „Konstitution“ aus sicherer Quelle in Erfahrung gebracht haben will, nichts geändert werden. In Vorbereitung sind dagegen einige allgemeine Vorschriften polizeilicher Natur, welche die Verhinderung der Schaufenster sowie den geschäftlichen, die Sonntagsfeier lebenden Arm zum Gegenstande haben. —

— Enquete über den Kleinhandel. Der Minister für Handel und Gewerbe hat dem Zentralausschuß hiesiger Kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine auf dessen Antrag, betr. die Veranlassung einer staatlichen Enquete über die Lage des Kleinhandels unter dem 26. Februar in einer längeren Zuschrift geantwortet, daß er den hohen Werth einer solchen Enquete nicht verkenne, daß er aber mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten es für geboten erachte, zunächst den Rahmen einer etwa zu veranstaltenden Enquete genau abzugrenzen und zwar in der dreifachen Richtung, 1. welche einzelnen Punkte den Gegenstand der Erhebungen bilden, 2. auf welche Berufszweige sie sich erstrecken und 3. in welchem Umfange die Angehörigen dieser Berufszweige vernommen werden sollen. Im Hinblick auf das Anerbieten der Mitarbeit des Zentralausschußes bei der Vorbereitung und Durchführung der Enquete stellt der Minister dem Zentralausschuß anheim, ihm einen speziellen Plan für die Enquete vorzulegen, worin ihr Umfang in den oben bezeichneten Richtungen scharf begrenzt ist. Der Zentralausschuß hat, wie wir der „Nat.-Ztg.“ entnehmen, in seiner gestrigen Sitzung eine Vorbereitungs-Kommission gewählt, welche zunächst im Sinne des ministeriellen Reskripts die Grundlagen für eine solche Enquete feststellen und dem Plenum Vorschläge zu unterbreiten hat. —

— Ueber das Ministerium des Innern stellt die „Frankf. Ztg.“ folgende interessante Betrachtungen an:

„Dieses Ministerium führt ein recht eigenartiges Dasein. Zwei Gegenstände, die beispielweise in England längst ordnungsmäßig getrennt sind, werden in ihm ungetrennt und einheitlich verwaltet: die Polizei und die Oberaufsicht über die Selbstverwaltungs-Körper. Die letztere bringt es mit sich, daß zur Kompetenz dieses ungetheilten Ministeriums auch die Aufsicht über die Landgemeinden, Kreisbezirke und Kreisverwaltungen gehört, in denen, namentlich im Osten der Elbe, der preussische Landadel ein möglichst ungehobenes Dasein führen will. Es ist geradezu Tradition, daß in Preußen der Minister des Innern immer den adeligen Familien des Landes entnommen wird, und dies giebt dem ganzen Ministerium seine Farben. Ob es Graf Eulenburg I oder Graf Eulenburg II war, ob Herr v. Puttkamer oder Herr v. Köber, sie alle gehörten den Klaffen der märkisch-pommerschen Ritterschaft an, mit denselben Familienbeziehungen, mit denselben Vorurtheilen, mit demselben Mangel an Geschicklichkeit, sobald es sich darum handelt, sich aus beschränkten ländlichen Verhältnissen in große städtische Aufgaben hineinzufinden. Schon aus dem Adel der westlichen Provinzen kommt ein Mann wie Herr v. d. Neefe an die Spitze dieses Ministeriums nur, wenn er für völlig akklimatisirt gilt. Der einzige Mann von städtischer bürgerlicher Vergangenheit, dem man dieses Ministerium in der Vergangenheit noch der Entlassung Puttkamer's durch Kaiser Friedrich anvertraut hat, der damalige Unterstaatssekretär Herrsmuth, war schließlich nicht im Stande, mit dem Material an Geheimräthen, welches ihm durch eine solche Vergangenheit des Ministeriums ausgenüthigt war, einigermaßen zu regieren. Es giebt kein Ministerium in Preußen, dessen vortragende Mächte einen so festen in sich geschlossenen Kreis bilden, wie dieses. Gearbeitet wird dort übermenschlich. Schon um nicht eine Stellenvermehrung zu bewirken und frisches Blut hineinzulassen, spannen die Mitglieder dieses Ministeriums eher ihre äußerlichen Kräfte an. So kommt es, daß die Zahl dieser Mitglieder klein ist, viel kleiner als die weiten und weit steigenden Aufgaben es erfordern würden. Das Duzend Geheimräthe, das sich hier in die Geschäfte theilt, besitz unter sich nicht einmal für jedes Fach, das in diesem Gebiete fällt, einen eigenen Fachmann. Niemand ist unter ihnen, der z. B. auf dem Gebiete der Armenpflege, wenn auch nicht als Autorität, sondern auch nur als Routine gelten könnte. Die Kommunalabgaben gehören zum Ressort dieses Ministeriums. Das Kommunalabgaben-Gesetz ist ein leidlich gut gemachtes Gesetz, weil das mitwirkende Finanzministerium sich bereit

erklärt hat, die Arbeit zu machen. Schon die Ausführungsanweisung, die im Ministerium des Innern selbst gemacht werden mußte, zeigt auf allen Seiten die Mangelhaftigkeit der Kräfte. Und wie vollends sachwidrig gar die Entschreibungen waren, die aus dieser Behörde in den Bestätigungsfragen der einzelnen Steuerordnungen kamen, das ist in den städtischen Selbstverwaltungen noch heute zur Genüge bekannt. Nebe sich daher niemand ein, daß es mit irgend einer Angelegenheit, die zum Ressort dieses Ministeriums gehört, besser werden könne, solange das Ministerium selbst nicht gründlich reformirt wird.“

Weimarer Landtag, 1. März. (Eig. Ber.) Gestern und heute wurde in zweiter Lesung mit der Beschlußfassung des Etats fortgefahren. Vorzüglich bei dem Kapitel: Bewilligung der Gehälter für die Chefs der einzelnen Departements, ging es etwas lebhafter wie sonst zu. Der freisinnige Abg. Kühner und unser Genosse Abg. Baudert brachten eine ganze Reihe von Wünschen und Beschwerden zur Sprache: Vereins- und Versammlungsrecht; Verwaltungsstreit-Verfahren; ministerielle Bekanntmachungen zur Verhütung von Beeinflussung bei den Reichstagswahlen u. Entgegnungen auf persönliche Anzuspaltungen wechselten mit einander ab, sodas der Präsident v. Hohenhausen während der Ausführungen des Abg. Baudert denselben unterbrach und bemerkte, daß diese Debatten doch nur in großen Parlamenten üblich seien und hier zu weit führen würden. Jedoch es wurde weiter freigesprochen. Die heutige Sitzung begann wieder unter dem Zeichen des Protestes. Abg. Baudert protestirte gegen die ihm tags zuvor widerfahrte Entziehung des Wortes, die er als „Versehen“ des Präsidiums oder als „Vergewaltigung“ ansehen müsse. Die in den Hauptressorts geforderten Mittel werden mit ganz geringen Abweichungen von der Regierungsvorlage genehmigt. — Heute stand ferner zur ersten Lesung ein Antrag des Abg. Baudert und Genossen betreffend Abänderung des Gesetzes vom 11. Dezember 1850 über die zwangsweise Ablieferung von Leichen an die Anatomie nach Jena. Der nationalliberale Abg. Köstner trat unserm Abg. Baudert bei der Begründung des Antrages, daß einzelne Bestimmungen dieses Gesetzes barbarische seien, bei. Die Regierung verwies auf Baden und Württemberg, wo bezüglich der Selbstmörder und Kindesleichen bis 14 Jahren noch schärfere Bestimmungen geltend seien, wie bei uns. Der Antragsteller betonte, daß diese schärferen Bestimmungen nur für die ärmeren Schichten in der Bevölkerung maßgebend seien, denn noch nicht ein einziger reicher Selbstmörder sei an die Anatomie abgeliefert worden; er verwahrte sich dann gegen die Behauptung des Regierungsvertreters, daß mit der Stellung dieses Antrages eine Aufregung der Bevölkerung bewirkt werde, und empfahl entgegen der von der Regierung beantragten sofortigen Ablehnung, denselben dem Verwaltungsausschuß zur Vorberathung zu überweisen, was auch geschah.

Nachburg, 1. März. Der gestern nach Schönberg einberufene Landtag des Fürstenthums Naheburg (Theil von Mecklenburg-Strelitz), der seit dem Jahre 1871 noch nicht ein einziges Mal beschlußfähig gewesen ist, war auch diesmal wieder nicht beschlußfähig, weil die bänckerischen Vertreter wiederum nicht erschienen waren. Eine Veränderung könnte erst im nächsten Jahre eintreten. Es finden nämlich vor Beginn des nächsten Landtages Neuwahlen statt, in denen, wie vermutet wird, zwei Abgeordnete von der Stadt Schönberg gewählt werden, die den Landtag besuchen. Wenn auch die bänckerischen Vertreter im nächsten Jahre nicht erscheinen, so ist der Landtag dann doch beschlußfähig, weil die beiden neuen Abgeordneten den Landtag besuchen und dadurch die Beschlußfähigkeit herbeigeführt wird. —

München, 1. März. (Eig. Ber.) In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer sprach unser Genosse v. Wollmar zum „Etat für Sicherheit“ und führte dabei aus:

Von keiner Kategorie können soviel Klagen an den Landtag, wie von den Gewerben und alle Zulchriften seien darin einig, daß der Zustand ein derartiger sei, daß er sich auf die Dauer nicht aufrecht erhalten lasse. Wenn die Sache im Landtag angeschnitten würde, so würden wohl Entschließungen erlassen, aber in kurzer Zeit sei immer wieder die alte Pater. Redner kritisiert sodann die Vielfacherei und die vielen Kompagniebesuche, deren Zahl im Jahre 50—60 betrage und die seit dem Jahre 1880 bei den Stationen aufgehoben würden. Redner plaidirt sodann für die Umwandlung der Landgendarmarie in ein Zivilinstitut und Unterstellung der Gewerben unter die Bezirksamtswärter. Aufgabe der Polizei dürfe es nicht sein, um jeden Preis anzugehen, sondern zu warnen, und nur wo Noth oder Nöthigung zu Tage tritt, scharf zuzugreifen. Statt dessen aber würden die Gewerben, welche zu wenig Anzeigen anweisen, mit Entziehung des Umlaus, diejenigen, welche aber keine anweisen, mit Entlassung bestraft. Was die Bestrafungen anlangt, so lägen gerade aus der Fülle Kompagnie die meisten Klagen vor. Innerhalb eines Jahres seien dort aus Furcht vor Strafe nicht weniger wie 5 Selbstmorde vorgekommen. Den Leuten wurde dort der abendliche Ausgange gleich bis zu 4 Wochen verboten und namentlich in Speyer werde die Sache ganz besonders bunt getrieben. Die Ministerungen, wie sie beliebt würden, seien nicht weiter wie Geldverschwendung und Quälerei. Dieselben würden meistens Sonntags abgehalten und dabei so geschrien, daß es alle Inwohner hörten. Eine Lokalordnung enthalte nicht weniger wie 70 Paragraphen, in denen nicht bloß den Gewerben, sondern auch deren Frauen und Kindern vorgeschrieben werde, wie sie sich zu verhalten haben. Es ist darin den Leuten verboten, außer Dienst zu lange im Wirthshaus zu weilen, mit den Ortsinwohnern zu viel zu verkehren, Oekonomik zu treiben, Gesägel zu halten und Kartespielen zu bauen; mit einem Worte, es sei alles reglementirt bis zum Alkoholen. Der Minister habe nicht die Macht, hier abzuhelfen, da die Offiziere die eigentlichen Kommandanten seien. Der Landtag müsse mit allem Eusse darauf dringen, daß hier endlich einmal Wandel geschaffen wird.

Während der Minister sich heute noch in kleinsten Schritten hüllte, versuchte es der liberale Abg. Dr. Casselmann, das gegenwärtige System gegen die Vorwürfe unserer Genossen v. Wollmar zu verteidigen, doch wurde der freiwillige Regierungskommissar bei diesem Unterfangen sogar von den Centrum's-Abgeordneten Berno und Dr. Waller entsprechend dazwischengekommen und gehörig zugebeckt. —

— Bayerische Gefängniß-Anstalten. Aus Regensburg wird gemeldet:

Ein in hiesigen Amtsgerichtsgefängniß wegen Bettelns und Landstreicherei inhaftirt gewesener, etwa 19 Jahre alter auswärtiger Knabe nahm sich die Entsezung so zu Herzen, daß er Tag und Nacht aus Leibestrafen weinte und um Hilfe schrie. Alle Beschwichtigungen des Wärters waren erfolglos. Schließlich bekam der Knabe einen Tobstuchtsanfall und mußte in die Irrenanstalt Naithaus-Präfil übergeführt werden.

In einer München-er Gerichtsverhandlung, die wegen Nichterschens des Angeklagten verlagert werden mußte, bemerkte, wie der „Münchener Post“ mitgetheilt wurde, der Staatsanwalt:

„Ich bin außer Schuld; der Angeklagte wurde von Stadelheim in die Strafkasse eingeliefert, soll aber dort gegenwärtig nicht mehr inhaftirt sein. Es ist nämlich in der letzten Zeit ein Mias erschienen, wonach die Gefängnisse nicht überfüllt sein dürfen; infolge dessen kommen die Gefangenen von einem Gefängniß ins andere, so das man am Ende selbst nicht weiß, in welchem Gefängniß der Angeklagte sich befindet.“

— Und Hessen, 1. März. (Eig. Ber.) Landtag. Die Generaldebatte über die Landwirtschaft, die am vorigen Mittwoch durch die Ausführungen des Abg. David eröffnet wurde, nahm nun drei volle Sitzungstage in Anspruch und kam erst heute zum Abschluß. Sie gestaltete sich stellenweise zu einer Sozialisten-Debatte. Die zunehmende Haltung unserer Fraktion zu den landwirthschaftlichen Forderungen des Budgets schreit den Gegnern sehr unangenehm zu sein. Von allen Seiten hagelten die Angriffe auf unsere Partei, und da es an sachlichen Angriffspunkten fehlte, so nahm man seine Zuflucht zur Verächtlichung der Motive, die uns leiteten, und zu Ausfällen auf den sozialistischen „Fortschritt“. Abg. Ulrich zahlte diese Angriffe wiederholt mit Zinsen heim. Er

wies auf das Verhalten unserer Parteigenossen im früheren Landtage und in den folgenden Jahren hin. Wir seien für Förderung der Landwirtschaft, soweit es sich mit den Gesamtinteressen verträgt, schroff ablehnend aber mühen wir uns gegen den „Brotwucher“ durch Kornzölle und Konsumpreise zu verhalten. Dem Geroid der neuesten agrarischen Handelspolitik, Abg. Oriola, erinnerte Genosse Ulrich an die „allerhöchste“ Sanktion der Caprivischen „rettenden Tat“. Als psychologische Erklärung für die Flottenpropaganda des Grafen Oriola erinnerte er an die bei dem letzten Kaisermandat gefallene Aeußerung: „Herr Graf, sorgen Sie nur dafür, daß ich meine Schiffe bekomme!“ Die Oriola'schen Trampetstöße zur Förderung der Politik der „Sammlung der beiden großen Produktionskräfte auf dem Boden einer nationalen Politik“ wurden durch die Erklärungen des nationalliberalen Abg. Reinhardt, eines Vornam Grobindustriellen, arg abgeschwächt. Reinhardt erklärte, die Caprivischen Handelsverträge hätten der Industrie großen Nutzen gebracht; die Handelsvertragspolitik des Grafen Oriola mache er nicht mit. Selbstverständlich ließen es die extremen Agrarier, Abgg. Glaser, Köhler und andere Bauernbürgermeister nicht an den bekannten Ueberreibungen von dem Nothstand der Nothleidenden fehlen. Bemerkenswert war, daß diesem Klagegeschrei, von einigen Landwirthen, so von dem Abgeordneten Christ (rs.), Möllinger (natl.), Westermacher (natl.) mit der Bemerkung entgegengetreten wurde, daß von einem allgemeinen Nothstand in bäuerlichen Kreisen nicht geredet werden könne. — Das Zentrum erklärte sich für die Kornzölle und meinte, die Sozialdemokratie müsse, da sie für Minimalpreise sei, auch landwirtschaftliche Minimalpreise gewähren. Abg. David legte die Erklärung des hessischen Zentrums für Minimalzölle fest; was unsere Partei anlauge, so könnten wir erst nach Gewährung von Minimalzöllen der Frage der Minimalpreise näher treten. Die Quelle der landwirtschaftlichen Nothlage sei die kapitalistische Verwüstung der Kaufkraft der Masse. Eine Lösung der Agrarfrage sei unmöglich ohne Lösung der sozialen Frage überhaupt. Abg. Rau (Soz.) lehnte den agrarischen Verisierungen von der unerschütterlichen Sozialistenfeindschaft der Bauern die Mittheilung entgegen, daß er seine Wahl einer größeren Anzahl sozialdemokratischer Bauern mit Bedauern. — Die Verabreichung der Einzelzölle dürfte noch mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Ueber Soldaten-Ausschreitungen bringt der „Tarnstädter Tagl. Anz.“ folgende Meldung aus Griesheim: „Grobe Ausschreitungen ließen sich am Dienstag Abend Angehörige des Wachbataillons vom Übungplatz zu Schützen kommen. Diefelben, größten Theils den Feld-Artillerie-Regimentern Nr. 11, 14, 23, 27 und 30 angehörig, besaßen sich im Gasthaus „Zum Grünen Laub“, als der Polizeidiener Funke kam und Feierabend gebot. Hierüber erhob, wollten sie auf der Straße den Beamten mißhandeln, doch gelang es diesem, sich in Sicherheit zu bringen. Im Gasthaus „Zur Harmonie“ schlugen sie hierauf mit ihren Säbeln Fenster ein und mißhandelten alle Personen, die ihnen in den Weg kamen und nicht schnell genug flüchtig gingen. Schließlich geriethen sie selbst unter einander in Streit und schlugen einen der übrigen so, daß er an der Schatzgasse liegen blieb. Als der Schenkemeister Mühl in der Döhlgasse sich gerade auf dem Wege nach Hause befand und sie aufforderte, doch sich ihres Kameraden anzunehmen, versetzte einer der rohen Patrone denselben mit dem Säbel einen Hieb quer über das Gesicht, so daß das eine Auge vollständig verloren ist. Sodann fielen sie über einen jungen Mann her, der ihnen in den Weg kam, und brachten ihm durch Säbelhiebe schwere Verletzungen am Kopfe und an der linken Hand bei. Als die Zahl der Zivilisten, die der Streit herbeilockte, immer größer wurde und den Exzessanten schauf auf den Leib rückte, machten sie sich aus dem Staub, konnten aber doch nicht verhindern, daß einem der ihrigen Mütze und Säbel abgenommen wurde, die zur Ermittlung der Beteiligten geführt haben.“

Aus Elsfah-Rothringen, 1. März. (Eig. Ber.) Herr von Puttkamer hat mit seiner Behauptung im Landestagsrat, die vom Grafen Reichsminister Peucer bei der Reichstagswahl im Jahre 1893 bestellten erlenkbaren Stimmzettel seien gar nicht zur Verwendung gelangt, ganz entschieden Recht. Nachdem vor einigen Tagen der Herr Graf „Elsfah“ nachgewiesen hatte, daß Peucer in dem vielgenannten Verleumdungsprozeß wenigstens die theilweise Verwendung jener Zettel selbst offen zugestand, geht heute auch unser reichstädtisches Parteiorgan der hiesigen Behauptung des Diktatorministers schief zu Felde. Es erinnert daran, daß in dem anfangs Juli 1893 dem Reichstag eingereichten sozialdemokratischen Wahlprotest unter Zeugnisanzeige erwähnt war, der Fabrikant Albert Reichardt in Erfurt habe am Wahltag um 1/2 Uhr nachmittags seine Arbeiter in der Fabrik antreten und ihnen Stimmzettel von gelblicher Farbe einhändigen lassen, worauf sie ins Wahllokal geführt und dort von Fabrikanten bei der Stimmabgabe kontrolliert wurden. Weiter ist das Vorkommen der gelben, auf den Namen des heutigen Unterstaatssekretärs Jörn v. Busch lautenden Stimmzettel im Wahlprotest noch ausdrücklich konstatiert für die Orte Nordhausen und Hattenheim, während zugleich die allgemeine Behauptung sich in dem Schriftstück findet, daß die gelben Stimmzettel in allen Orten, wo Fabrikarbeiter und ähnlich abhängige Leute sich in erheblicher Anzahl unter den Wählern finden, zur Verwendung gelangten. Die Puttkamer'sche Behauptung ist durch diese Nachweise hinreichend widerlegt.

Ungarn.
Budapest, 2. März. Abgeordnetenhause. Gouved-(Landwehr-)Minister Fejervary erklärt: Unter dem Militär gebe es keine Sozialisten. Es könne ja möglich sein, daß der eine oder der andere, bevor er eingereicht worden sei, der sozialistischen Lehre guldigt habe, im Heere selbst aber hätte sich jeder davor. — Vom Polizeikampfe gegen die agrarsozialistische Bewegung liegen heute wieder recht erbauliche Mittheilungen vor. Neuestens verfolgt — wie eine Budapester Lokal-Korrespondenz berichtet — die Polizei die Taktik, in die Bahnhöfe Detektive zu entsenden, welche rothe Kravatten und an der Brust die Arbeiter-Medaillen mit der Inschrift „Recht dem Volke“ tragen, wie sie die Sozialisten zu tragen pflegen. Es geschieht dies, um die etwa aus der Provinz nach Budapest kommenden Feldarbeiter zu täuschen. Auf diese Weise gingen schon zahlreiche Feldarbeiter in die Falle; sie wurden zur Polizei gestellt gemacht, mußten sodann einige Tage im Schubhause zubringen und wurden sodann nach Hause abgeschoben.

Das Zwangsphotographiren bei der Polizei wurde trotz der angeblichen Erklärung des Stadthauptmanns Garlathy auch heute fortgesetzt. Heute wurden unter anderem der Wäckergehilfe Josef Molitorich und der Führer des vorjährigen Streiks der Zimmergesellen Eduard Milacsek photographirt.
Der Verein der Budapest Journalisten verhandelte unter dem Vorhänge des offiziellen Journalisten und Abgeordneten Koloman Miklath's die Angelegenheit des sozialistischen Journalisten Wilhelm Mezősi, der vor kurzem ebenfalls bei der Polizei photographirt wurde. Mezősi schildert das Verfahren, welches die Polizei ihm gegenüber befolgt hat. Er wurde für den 27. d. M. zur Ober-Stadthauptmannschaft vorgeladen, wo ihm Stadthauptmann Edmund Garlathy mittheilte, er habe den Auftrag, ihn, da seine sozialdemokratische Gesinnung bekannt sei, photographiren zu lassen. Mezősi verweigerte sich dagegen, da dieser Vorgang ihm gegenüber vollkommen unbegründet sei. Garlathy begab sich hierauf zum Ober-Stadthauptmann, von dem er jedoch mit dem Bescheide zurückkehrte, Mezősi müsse sich dieser Prozedur unterziehen. Mezősi hielt seine Weigerung aufrecht und wich erst der Gewalt, nachdem zwei Detektives an seine Seite herbeigekommen waren. Nach längerer Diskussion beschloß der Verein, seine tiefe Entrüstung über das Vorgehen der Polizei auszusprechen, bei der Oberstaatsanwaltschaft die Strafanzeige gegen die Polizei wegen Mißbrauchs der Untergewalt zu erstatten und den Justizminister in einer Repräsentation zu ersuchen, die Abwendung dieses Vorgehens von Amtsvorgängen zu veranlassen. Diese Schriftstücke sollen durch Deputationen überreicht werden.

Wie dem „Bester Lloyd“ aus Miskolcz gemeldet wird, hat dort Bizelethauptmann Berner mit einem Aufgebot von Polizisten ein Sozialisten-Konventikel überfallen. Von den Ueberfallenen wurden drei abgehoben, vierzehn wurden ausgewiesen.

Aus allen Theilen des Landes werden Militärkräfte gegen die ungarischen Sozialisten, selbst gegen die Gewerkschaften und ihre Organe gemeldet. —

Frankreich.

Paris, 28. Februar. (Eig. Ber.) Die Monarchisten suchen aus der gegenwärtigen Krise für ihre bisher ganz hoffnungslose Sache Kapital zu schlagen. Der Thronpräsident, Herzog d'Orléans, beglückwünscht in einem öffentlichen Briefe die Pariser Geschworenen zur patriotischen Verurtheilung Jola's, zugleich dem „engen Bund der traditionellen und nationalen Monarchie mit der Armee“ in empfehlende Erinnerung bringend. Der Vetter des Thronpräsidenten, Prinz Henri d'Orléans, schickte dem Obmann der Geschworenen eine Gratulations-Depesche und verherrlichte in öffentlichen Briefen seine patriotische That, in der Person Esterhazy's die „französische Uniform“ begrüßt zu haben. Die bedeutendste Kundgebung ist das Wahlmanifest des Herzogs de Ligny's, des Premierministers in partibus des Thronpräsidenten. Neben der üblichen royalistischen Geschichtsheilosophie, wonach Frankreich Größe von der Monarchie unzertrennlich sei, neben den Versprechungen, in der wieder hergestellten angestammten Monarchie auch die verdienstlicheren Elemente des „republikanischen“ politischen Personals zu verwerthen, erläutert das Manifest mit erschütternder Offenheit die bekannten Wahlresultate der Thronpräsidenten. In den hochmonarchistischen Wahlkreisen soll der Kampf, wie bisher, im Namen des Königs geführt werden. Dagegen wird es überall sonst den Betreuen zur Pflicht gemacht, das royalistische Banner nicht in die Tasche zu stecken bzw. für Vertreter der „Ordnung“, für die ministeriellen Kandidaten zu stimmen. Die „Kollaboranten“, welche bisher von den unverföhnlichen Royalisten als Renegaten gebrandmarkt wurden, werden nunmehr gewissermaßen für die Vorhut der royalistischen Krone erklärt. Die Verlegung des Königs zum Zwecke der sicheren Wiederherstellung des Königthums — diese Taktik des Thronpräsidenten ist eine Ergänzung der Taktik des Kabinetts Meline, welches im Namen der Republik und der Demokratie sich auf die monarchistischen und reaktionären Elemente stützt. Der Thronpräsident erkennt denn auch die Verdienste Meline's ausdrücklich an, nur daß ihm eine Monarchie viel geeigneter zur Ueberwindung der wachsenden „sozialistischen Gefahr“ erscheint als Meline's Republik.

Der Ton des Manifestes ist ein Gradmesser der in der letzten Zeit gegangenen royalistischen Hoffnungen.
Die Radikalen haben dagegen ihrerseits aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums des allgemeinen Wahlrechts ein leidenschaftliches, weinerliches Manifest erlassen. Sie beschuldigen das Kabinet Meline, die ferocile Kammer, die leichgläubigen und nur für Kirchthurm-Interessen besorgte Wählerschaft — sie vergessen aber, daß ihre eigene Feigheit, die Kapitulation des Kabinetts Bourgeois vor dem Senat, die unmittelbare Ursache der Reaction war. Sie vergessen ferner, daß sie noch vor wenigen Tagen aus „patriotischer“ Furcht vor den Wählern in Masse für das Kabinet Meline und den linksalen Generalstab votirt haben. —

Paris, 2. März. In der Senatssitzung der „Union Républicaine“ hielt Senator Guyot, der den Vorschlag übernahm, eine Rede über die Nothwendigkeit, die Republik gegen die Alexikalen und Boulangeristen zu verteidigen. Guyot führte aus, der Jola-Prozeß habe es zu Wege gebracht, daß sich die Partei finde und zusammenfasse. Man habe „Tod den Juden“ geschrien, morgen werde man „Tod den Protestanten“ rufen. Der Alexikalismus habe die schimpflichen Leidenenschaften, welche man schon geschwunden wählte, wieder gewacht.

Paris, 2. März. Der Schwurgerichtshof verhandelte heute gegen Raquet in der Panama-Angelegenheit. Diefelbe erregt keinerlei Interesse. Der Saal ist fast leer. Raquet war bekanntlich zur Zeit der Verhandlung des Prozesses, in welchem die übrigen Parlaamentarier freigesprochen wurden, nach London geflohen. —

Dänemark.

Der Landesthing hat in einem Ausschuss nun abermals das Landarbeiter-Ausiedelungsgesetz nach dem Antrag des Folkething durch seine Aenderungen weiter verordnet. Da der Folkething es in dieser Gestalt nicht annimmt, wird noch ein gemeinsamer Ausschuss eingesetzt werden. Wenn die Folkething-Apposition in demselben festbleibt, muß der Landesthing unter dem Odium der Ablehnung dieses Gesetzes in die Wahlen gehen. —

Spanien.

Savana, 2. März. Bei Solguin und an anderen Orten kam es zu Zusammenstößen mit den Aufständischen. Auf beiden Seiten wurden mehrere Mann getödtet. —

Rußland.

Petersburg, 27. Februar. (Dambg. Korresp.) Der unermüdliche russische Statistiker Gutschamborow hat kürzlich ein Buch über die Theilnahme Russlands an dem Welthandel des 19. Jahrhunderts erscheinen lassen, das dem russischen Patriotismus wenig erfreuliche Bilder bietet. Wenn man die Handelsumsätze aller Länder des Erdballs nimmt (etwa 75), so partizipirt Rußland an dem Welthandel nur mit 8,8 pCt., obgleich seine Bevölkerung 8,8 pCt. der Gesamtbevölkerung der in Frage kommenden Länder ausmacht. Besonders unvortheilhaft wird für Rußland der Vergleich mit den europäischen Kulturstaaten. Die Ein- und Ausfuhr Russlands hat einen Werth von ca. 553 Millionen Rubel, d. h. von 7 Rubel pro Kopf der Bevölkerung, während in Großbritannien und Belgien 120 Rubel auf den Kopf der Bevölkerung entfallen, in Holland 850 Rubel, in Deutschland — 46 Rubel. Von 1870 bis 1895 sind die Gesamtumsätze des Welthandels von 18 auf 22 Milliarden Rubel gestiegen, d. h. um 70 pCt., die Umsätze Russlands nur von 615 auf 553 Millionen Rubel, d. h. um 88 pCt. Die russische Handelsflotte macht ihrem Tonnengehalt nach nur 2,4 pCt. der Handelsflotten der Welt aus, das russische Schienennetz trotz des gewaltigen russischen Territoriums nur 8 pCt. des Schienennetzes der Erde. Während in der Zeit von 1880 bis 1895 das gesammte Schienennetz der Erde von 867 687 auf 1 486 373 Werst (d. h. um 80,4 pCt.) gestiegen ist, weist das russische Schienennetz nur eine Steigerung von 23 526 auf 43 978 Werst (86 pCt.) auf. —

Warschau, 2. März. Der Redakteur eines hiesigen Blattes, Namens Wladet, dessen Frau, sowie zwei andere Damen wurden angeblich deshalb verhaftet, weil sie im Besitz verbotener Broschüren und Lieder waren. —

Griechenland.

Athen, 1. März. Der Mischuldige Kardiki's ist ein Gebarbeiter aus dem nördlichen Makedonien, namens Johann Georgis oder Kyriakos; er steht in dem gleichen Alter wie Kardiki und scheint aus dessen Umgebung gehandelt zu haben. Kardiki gegenüber gestellt stand Georgis, an dem Akzentual theilgenommen zu haben und durch Kardiki gleichsam hypnotisirt zu sein; derselbe habe ihm vorgeschlagen, daß sie ein Werk, welches großen Ruhm erbeische, auszuführen im Begriffe seien, das sie beide verüben machen werde; im letzten Augenblicke sei er jedoch schwach geworden und habe die Forderung nicht treffen können, wodurch das Akzentual vereitelt worden sei. —

Amerika.

Ueber die „Maine“-Katastrophe. Der „Frankf. Ztg.“ wird aus New-York berichtet: Der Marineminister Long erklärte, Spanien sei nicht verantwortlich für die „Maine“-Katastrophe. — Die Hilfsexpedition für Honolulu ist ausgehoben, da sie unnützlich ist. In einem gewissen Zusammenhange mit der „Maine“-Katastrophe steht auch die folgende Meldung der „Frankf. Ztg.“ aus Madrid: Die Klüftungen dauern fort. Verhandlungen mit verschiedenen auswärtigen Schiffsbauern behufs Ankaufs neuer Kriegsschiffe sind im Gange. —

Das Flottengesch in der Budgetkommission.

Abg. Lieber motivirt näher den von den Referenten gemachten Vorschlag in § 1. Die Aufnahme der Panzer-Kanonensubmarine in das Gesetz sei erfolgt, um die ganzen nützlichen Seestrekräfte auch für die Küstenverteidigung in dem Plane festzulegen.

Staatssekretär Tirpich erklärt, daß 2 Panzerschiffe als Materialreserve genügt. Bei den Panzer-Kanonensubmarine entstelle die Frage, wozu sie gebraucht würden. Die Regierung habe gegen ihre Aufnahme in den Flottenplan nichts einzuwenden.

Abg. Müller-Gulda stellt einen langen Antrag, in dem er über eine große Reihe Punkte vom Reichstagler Ausfluß wünscht bezüglich der einmaligen Ausgaben, welche für die verschiedensten Marinezwecke in den nächsten 7 Jahren notwendig würden. Die Beratung dieser Frage wird jedoch verschoben.

Abg. Graf Arnim hat Bedenken gegen das Wortchen „thunlichst“ in Ziffer 8 des § 1, daß die Marine-Verwaltung sicher und leicht hindern könne.

Abg. Wibel: Der Vorschlag des Referenten zu Ziffer 1 des § 1 gebe eine andere Gruppierung der Anforderungen des Flottengesetzes, welche die Referenten für besser hielten. Er wolle darüber nicht streiten. Aber ein wesentlicher Unterschied bestehe zwischen dem Antrag und der Regierungsvorlage, als man im Gegensatz zur Regierung auch die 13 Kanonenboote als Bestand des Flottenplans aufgenommen habe. Die Kanonenboote stünden aber auf dem Aussterbe-Stat, statt der 18, die der Flottenplan von 1870 forderte, seien in ganzen nur 13 gebaut worden, und verzichte man auf den weiteren Bau. Würden nun die 13 Kanonenboote in den Bestand der Flotte aufgenommen, so wäre die Regierung in der Lage, nach dem Jahre 1904, wo die ersten Kanonenboote ihre Lebensdauer verließen, mit neuen Forderungen zu kommen, aber dann käme man nicht mit Kanonenbooten, sondern irgend einem Typ von Schlachtschiffen. Der Antrag des Referenten bewillige den Regierungen mehr als diese forderten. Nach einem Bericht in der „Post. Ztg.“ liege in dieser Formulierung der Reim zu Neu-Organisationen, die eine Mehrforderung von 120 Millionen Mark über die jetzige Vorlage hinaus bedingten. Es sei begreiflich, daß die Regierung sich eine solche Bindung gefallen lasse; man frage aber die Referenten, ob sie sich dieser Konsequenz ihres Vorschlages bewußt gewesen seien.

Staatssekretär Tirpich: Die Regierungen hätten nicht die Absicht, auf die Panzerkanonenboote zu verzichten, sie wollten vielmehr auf denselben bestehen bleiben, nur beabsichtigten sie, 1904 mit neuen Forderungen zu kommen, allerdings könne der Reichstag alsdann beschließen, statt der Kanonenboote Schlachtschiffe zu bewilligen.

Abg. Lieber: Er sei der Meinung, daß die Aenderung ein Vortheil sei, da die Kanonenboote zum notwendigen Bestand der Flotte gehörten.

Abg. Richter: Die Aufnahme der Kanonenboote in das Gesetz binde nur den Reichstag, nicht auch die Regierungen. Er sei überrascht über das Entgegenkommen des Zentrums über die Forderungen der Regierung hinaus. Man könne dann auch die Zahl der Torpedoboote etc. in das Gesetz aufnehmen. Nach dem Vorschlag sei der Reichstag über das Jahr 1904 auf neue Ausgaben gebunden.

Abg. v. Bennigsen theilt die Bedenken gegen den neuen Vorschlag und giebt den Referenten zu erwägen, ob sie bei dem Vorschlag bleiben wollen.

Die Referenten ziehen darauf ihren Vorschlag, die 13 Kanonenboote in den Flottenplan mit aufzunehmen, zurück. Es entsteht eine längere Debatte über die Befestigung der Fortifikationen, die eventuell sehr nachtheilig werden könnte, wenn es hier oder da ein neues Schiff fehle. Abg. Lieber erklärt, daß er an den Vorschlägen festhalten müsse. Abg. Graf Stolberg hält die Befestigung der Fortifikationen für möglich, ist aber gegen alles, was die Regierungen in der freien Verwendung der Kräfte hindere. Abg. Graf Noo hat ähnliche Bedenken. Nach Erläuterungen des Staatssekretärs Tirpich und Abg. Lieber erklärt sich Abg. Graf Noo für befriedigt. Bei der Abstimmung über die Ziffer 1 des § 1 wird dieselbe mit 21 gegen 7 Stimmen angenommen, ebenso die Ziffer 2 des Antrags, dagegen stimmen die Sozialdemokraten, die freisinnige Volkspartei und die Polen.

Die Diskussion der Ziffer 3 des § 1 wird mit § 8, Antrag Lieber, verbunden. Dieser Antrag lautet:

§ 8. Während der nächsten 7 Rechnungsjahre (1898 bis 1904) ist der Reichstag nicht verpflichtet, für sämtliche einmalige Ausgaben des Marine-Staats mehr als 471 200 000 M., und zwar für Schiffsbauten und Armirungen mehr als 410 800 000 M., und für die sonstigen einmaligen Ausgaben mehr als 60 400 000 M., sowie für die fortwährenden Ausgaben des Marine-Staats mehr als die durchschnittliche Steigerung von 4 200 000 M. jährlich bereit zu stellen.

Sowelt sich in Gemäßheit dieser Bestimmung das Gesetz bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1904 nicht durchführen läßt, wird die Ausführung bis über das Jahr 1904 hinaus verschoben.

Abg. Lieber: Er stelle den Antrag, um zu verhüten, daß im Falle erheblicher Ueberschreitung der Bau- und Armirungskosten der Schiffe, infolge von Verbesserungen und Erfindungen oder theureren Materialpreisen der Reichstag nicht zu Mehrausgaben bis 1904 verpflichtet werden könne. Das Wort „thunlichst“ in Ziffer 8 des § 1 solle bedeuten, daß, wenn die limitirten Summen nicht ausreichen, das geschehen müsse, was der § 8 fordere.

Der Korreferent Abg. v. Massow schließt sich dem Vortredner an.

Staatssekretär Tirpich: Selbstverständlich hätten die Regierungen sich in dem Plan und seinen Kosten nach Möglichkeit vorzusehen, aber man hätte doch nur von den Verhältnissen der Gegenwart ausgehen können. Bemerkten wolle er, daß er zunächst nur persönliche seine Zustimmung zur vorgeschlagenen Fassung gegeben, er hoffe aber, daß die Regierungen dem zustimmen.

Abg. v. Bennigsen macht verschiedene Feststellungen über die Bedeutung der Vorschläge, er stimme denselben nur zu, weil für einen Theil des Reichstages die Zustimmung zur Vorlage davon abhängt.

Abg. Müller-Gulda giebt eine Darstellung, wonach die Forderungen der Vorlage schon in sechs statt in sieben Jahren fertig gestellt werden könnten.

Abg. Frese plädiert für größere Zulassung der Privatindustrie bei den Schiffsbauten, sie werde billiger bauen als das Reich, er warnt aber vor zu rascher Fertigstellung, wie Müller-Gulda rath.

Abg. v. Arnim rath, alle Bestimmungen zu streichen, die ein Hinwärtsziehen der Fertigstellung der Flotte ermöglichen.

Abg. Richter: Ihm sei der Vorschlag des Abg. Müller-Gulda unverständlich, die verlangten Neubauten würden schon in 4 Jahren fertig, der Antrag werfe die ganze Oekonomie des Gesetzes um, darauf könne man sich nicht einlassen.

Abg. Müller-Gulda verwahrt sich gegen die Angriffe Richter's, sein Plan sei sehr vernünftig. Abg. Lieber: Die Befürchtung des Grafen Arnim, der Reichstag dürfe nicht mehr bewilligen, als der § 8 voraussetze, sei irrig, der Reichstag habe die Freiheit auch mehr zu bewilligen.

Abg. Graf Arnim ist hierdurch befriedigt.

Damit ist die Debatte über Ziffer 8 § 1 und § 8 geschlossen und wird der Antrag Müller-Gulda's debattirt, welcher weitere Ankauf über die bis 1904 zu erwartenden einmaligen Ausgaben verlangt. Abgeordneter Lieber giebt Auskunft, aus welchen Beträgen sich die einmaligen Ausgaben in § 8 in Höhe von 60 400 000 M. zusammensetzen. Abgeordneter v. Bennigsen meint, daß die Referenten schon an Material besorgten, was der Antrag Müller-Gulda's wünsch, derselbe sei also hinreichend. Abg. Müller-Gulda glaubt, daß künftig die einmaligen Ausgaben doch ungleich höhere werden würden, als in der Vergangenheit und versucht dies nachzuweisen. Der Antrag Müller-Gulda wird mit 14 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Der Antrag

Samacher, in Ziffer 8 an Stelle des Wortes „thunlich“ zu setzen, soweit sie im § 8 ausgeworfenes Mittel ausreichen“ wird mit großer Mehrheit angenommen, und mit der gleichen Mehrheit der § 1 im ganzen; desgleichen der § 8 nach dem Antrage Lieber.

Darauf wird § 2 debattiert und schließlich mit geringer redaktioneller Änderung angenommen.

Es folgt Vertagung der Sitzung auf Donnerstag Vormittag 10 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Folizeiliches, Gerichtliches etc.

In dem bekannten Privatbeleidigungsprozess, den der Generalleutnant A. v. Piesendorf in Großenhain als Vormund des entmündigten Freiherrn v. Schorlemer gegen die „Leipziger Volkszeitung“ angestrengt hatte, war vom Leipziger Schöffengericht auf Freisprechung erkannt worden. Das Landgericht als Berufungsinstanz hob das Urteil auf und erkannte gegen den verantwortlichen Redakteur Sipiński wegen formaler Beleidigung auf 50 M. Geldstrafe, die Hälfte der Kosten der ersten und die ganzen Kosten der zweiten Instanz, dem Kläger wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen. Aus den Strafen gegen v. Schorlemer wurde in der Verhandlung festgestellt, dass gegen diesen am 22. Mai 1896 das Strafverfahren wegen Urkundenfälschung und Betrug eröffnet worden ist, weil er vier Wechsel im Gesamtbetrag von 14000 M. gefälscht hat. Das Strafverfahren wurde jedoch am 17. Oktober vom Landgericht auf Grund eines Gutachtens eingestellt, das der Medizinrat Dr. Weber auf Antrag der Beleidigten über den Geisteszustand v. Schorlemers abgegeben hatte. v. Schorlemer ist dann entmündigt worden. In der vom Leipziger Landgericht als beleidigend erachteten Notiz der „Leipziger Volkszeitung“ war die Freisprechung der sozialdemokratischen Redakteure Schulze und Steiger besprochen und dabei gefragt worden: Würde etwa ein Schorlemer oder ein anderer adliger . . . der eines gemeinen Vergehens wegen freigesprochen ist, in so schimpflicher Weise transportiert worden sein? In dem hier durch Punkte markierten Verbenort ist die Beleidigung gefunden worden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Die Schuhmacher haben, wie an anderer Stelle berichtet wird, den Antrag beschlossen und folgende Forderungen aufgestellt: 1. Der Arbeitsnachweis soll in die Hände der Arbeiter übergehen. 2. Einführung eines einheitlichen Lohnsystems. 3. Unentgeltliche Lieferung der Futuraturen. 4. Anerkennung der durch die Arbeiter gewählten Kommission. Ferner wurde die Boykottierung des Arbeitsnachweises beschlossen und bekannt gegeben, dass die Agitationskommission von jetzt an in der Weinstr. 21 bei Steiner ihr ständiges Bureau hat.

Bis heute Mittwoch Abend sind 880 Arbeiter und 54 Arbeiterinnen aus 12 mechanischen Schuhfabriken in den Ausstand getreten.

Achtung, Bautischer Verein und Umgebung! Die Berliner Verwaltung des Holzarbeiter-Verbandes hat aus ihrer Mitte heraus drei Kollegen der Baubranche beantragt, mit den Verwaltungen der Vororte in Fühlung zu treten, um in Gemeinschaft mit denselben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Baubranche festzustellen und eventuell Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Bautischen der Berliner Verwaltung zu unterbreiten. Kollegen der Baubranche! Wir fordern Euch deshalb auf, Euch endlich einmal zu rühren! Löst durch Euren Vertrauensmann die in Euren Werkstätten bestehenden Arbeitsverhältnisse und Mißstände dem Bezirksobmann mitteilen. Das so zusammengetragene Material wird in der am 20. März stattfindenden Kommissions-Sitzung gesichtet und über die weiter einschlagenden Schritte Beschluß gefaßt werden. Kollegen, soll das Ihre Klagen über die schlechten Arbeitsbedingungen aufhören, so thut Euer Schuldigkeit und seid bemüht, die fernstehenden Kollegen zur Organisation heranzuziehen.

Die Beauftragten.

Die Bäcker-Arbeiter hatten eine Kommission beauftragt, eine Arbeitslosen-Statistik für Berlin aufzunehmen. Diese ist am 23., 24. und 25. Januar d. J. vorgenommen worden und hat folgende Ergebnisse gezeigt:

Aufgenommen wurden 868 Personen, 17 sind doppelt gezählt und 22 hatten nur ganz unvollständige Angaben gemacht; es bleiben also 829 Personen, die genaue Angaben gemacht haben. Davon waren Werkmeister 278, Knecht 308, Dritte und Vierte 248.

Arbeitslos waren von den Werkmeistern (Ofenarbeiter) unter 4 Wochen 86, zwischen 1 und 3 Monaten 42, zwischen 3 und 6 Monaten 77, zwischen 6 und 9 Monaten 72, zwischen 9 und 12 Monaten 25, über 1 Jahr 21, insgesamt 279 Werkmeister.

Von den Knechten: Unter 4 Wochen 51, zwischen 1 und 3 Monaten 88, zwischen 3 und 6 Monaten 98, zwischen 6 und 9 Monaten 88, zwischen 9 und 12 Monaten 9, über 1 Jahr 9, insgesamt 308 Knecht.

Von den Dritten und Vierten waren arbeitslos unter 4 Wochen 98, zwischen 1 und 3 Monaten 94, zwischen 3 und 6 Monaten 89, zwischen 6 und 9 Monaten 18, zwischen 9 und 12 Monaten 4, insgesamt 248.

Ununterbrochen arbeitslos waren 164 Werkmeister, 169 Knecht, 123 Dritte und Vierte.

Bei denjenigen, die mehr als einmal arbeitslos waren, ist die Dauer der Arbeitslosigkeit vom 1. Januar 1897 ab berechnet.

Verheiratet waren 86 = 10 1/2 pCt. Davon Werkmeister 74, Knecht 12.

Im Alter von unter 20 Jahren waren 126 = 15,20 pCt., zwischen 20 und 25 Jahren 289 = 34,82 pCt., zwischen 25 und 30 Jahren 226 = 27,26 pCt., zwischen 30 und 40 Jahren 138 = 16,65 pCt., zwischen 40 und 50 Jahren 46 = 5,57 pCt., zwischen 50 und 60 Jahren 25 = 3 pCt., zwischen 60 und 70 Jahren 9 = 1,10 pCt.

Der Nationalität nach befanden sich unter den Arbeitslosen: Schlesier 232 = 28 1/2 pCt., Brandenburger 119 = 14 1/2 pCt. (davon 22 Westfalen), Sachsen (hierbei Königsberg und Provinz Sachsen, sowie die thüringischen Staaten) 107 = 13 pCt., Ostpreußen 76, Polen 70, Pommeren 63, Westpreußen 40, Bayern 32, Wälder 9, Westfalen 9, Hannoveraner 8, Württemberger 7, Anhalter 7, Hessen 6, Rheinländer 6, Westfalen 4, Braunschweiger 2, Schleswig-Holsteiner 2, Oldenburger 1, Oesterreicher 6, Polen 3, Australier 1.

Die 5 holländischen Provinzen Schlesien, Posen, Ost- und Westpreußen, Pommern waren mit 47 1/2 pCt. vertreten.

Bei 18 Personen wurde festgestellt, wieviel sie seit dem 1. Januar 1897 für Arbeitsvermittlung bezahlt hatten. Das Ergebnis ist: 3 bezahlten je 3 M., je einer 4, 6, 7 und 9 M., 2 12 M., 8 15 M., je einer 16, 17, 18, 20, 24 und 28 M., zusammen bezahlten 18 Personen 178 M., durchschnittlich einer 9,78 M.

Zu 112 Bäcker-Schaffstößen wurden Sonntag, den 23. Januar, Vormittag, aufgenommen 885 Arbeitslose. In den Innungs-Sprechämtern, sowie bei ca. 20 Kommissionären und in ebenso viel Bäcker-Berufshilfsämtern am selben Tage nachmittags 284 Arbeitslose. Montag, den 24. Januar, Nachmittags, in 2 Innungs-Sprechämtern, bei 1 Kommissionär, in christlichen Herbergen 151 Arbeitslose. Dienstag, 25. Januar, in einem Innungs-, Sprechbureau 48 Arbeitslose.

Die Wandertirren der Bauarbeiter beschlossen in einer öffentlichen Versammlung, demnächst Fragebogen auszugeben, um die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bauarbeiter zahlenmäßig feststellen zu können. Zur Charakterisierung der Mißstände auf Bauten wurde darauf hingewiesen, daß auf einem Bau in der Brüderstraße die Unfallverhütungs-Beschriften gänzlich außer Acht gelassen seien; auch über die Aborte wurde Klage geführt. Anwesend waren 46 Delegierte; am 18. März soll abermals eine solche Versammlung abgehalten werden. Die Deputierten sollen der Kommission das Material von allen Bauten zurufen.

Deutsches Reich.

Zur Frage der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung im Holzarbeiter-Verbande schreibt die „Schwab. Tagwacht“: Unter den Mitgliedern des Holzarbeiter-Verbandes ist die Stimmung gegenwärtig der Arbeitslosen-Unterstützung weit günstiger als in früheren Jahren, was schon daraus hervorgeht, daß die Zahl der Stützarten, die früher sich stets streng ablehnend zur Arbeitslosen-Unterstützung verhielt, in ihrer Versammlung am letzten Sonntagabend sich mit großer Mehrheit prinzipiell für Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung entschied. Der Verbandsvorsitzende Klop trat in der Debatte lebhaft für die Einführung ein.

In Rostock haben die Former der Eisengießerei von Spierling u. Co. (Inhaber Fr. Heidtmann) die Arbeit eingestellt. Sie eruchen um Beibehalten des Zugugs.

Der Streik der Maler, Lackierer und Anstreicher Wiesbadens brach aus, weil die Unternehmer von den Forderungen der Arbeiter nur den Feststundentag bewilligen wollten. Die Arbeiter verlangten noch: 38 Pf. Stundenlohn und für solche Gesellen, die noch nicht 2 Jahre aus der Lehre sind, 27 Pf.; ferner wöchentliche Lohnzahlung. Die Unternehmer haben sich zu einer Vereinigung zusammengesetzt, wonach jeder 50 M. Eintritt zu zahlen, einen Sichtwechsel von 500 M. zu unterschreiben und außerdem noch eine Konventionalstrafe von 150 M. zu zahlen hat für den Fall, daß er die Forderungen der Streikenden bewilligen sollte.

Weiter haben die Unternehmer die auswärtigen Fachgenossen ersucht, keinen Gesellen einzustellen, der bisher in Wiesbaden und Umgegend gearbeitet hat. Bis 1. März hatten 23 Unternehmer, die ca. 100 Arbeiter beschäftigen, die Forderungen der Streikenden bewilligt. In unterhänigen sind ca. 400 Streikende.

Die Konfektionsarbeiter Breslans haben kürzlich eine Kommission gewählt, die mit den Unternehmern über die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu unterhandeln hat. Sie hielt dieser Tage eine Sitzung ab, zu welcher die Konfektionsfirmen eingeladen waren. Von 32 Firmen waren dort vertreten: Förder u. Glusinos, Steinig, Lubinski, Ruch u. Silbermann und Karfunkelstein. Die Vertreter der Arbeiter machten wiederum die Forderungen vom Jahre 1896 geltend: 10 pCt. Lohnzulage, pro Stunde Warten 30 Pf., Lohnzins für abgehängte; für das Abziehen von Wang soll gezahlt werden: pro Weste 5 Pf., Hose 10 Pf., Jackett 20 Pf., Rock 25 Pf., und Paletot 30 Pf. Ferner soll sich jedes Geschäft verpflichten, eine Bank aufzunehmen. Ein Beschluß über die Forderungen wurde nicht gefaßt; die Angelegenheit soll demnächst in einer öffentlichen Versammlung erörtert werden.

Die Gewerkschaften in Hildesheim haben ein Auskunfts-Bureau für Rechtsachen errichtet.

In Braunschweig haben sämtliche Schneider des Hof-Schneidermeisters C. Sippold die Arbeit niedergelegt. Hauptursache des Streiks sind Differenzen über die Lohnzahlungs-terminen und Strafgebühren.

In den Färbereien Mühlhausens i. Th. ist, wie schon gemeldet wurde, ein Streik ausgebrochen. In demselben waren bis Montag Mittag etwa 140 Mann beteiligt. Gefordert wird: 20 pCt. Aufschlag für Baumwollfärberei, 30 pCt. für Wollfärberei, Entschädigung der Ueberstunden, 1/2 stündige Mittags- und je 1/2 stündige Frühstück- und Vesperpause, sowie achtstündige Kündigung.

Die Tischler Gotha's beschloßen in einer Versammlung in geheimer Abstimmung, folgende Forderungen mit Gültigkeit vom 1. April ab zu stellen: 10 stündige Arbeitszeit, 15 pCt. Erhöhung der jetzigen Löhne (auch des Akkords), 15 M. Minimallohn, 15 pCt. Aufschlag für Ueberstunden, mögliche Vermeidung der Sonntagsarbeit, Lohnzahlung am Freitag vor Schluß der Arbeitszeit und in der Werkstatt; bei Akkordarbeit soll eine bestimmte wöchentliche Abschlagszahlung vereinbart werden.

Die Maurer Naumburgs haben am Montag die Arbeit eingestellt. Sie fordern den Gehaltsanhang und Erhöhung des Stundenlohns, der jetzt 27-28 Pf. beträgt, auf 35 Pf. Vorher war mit den Unternehmern verhandelt worden, was aber zu keiner Einigung führte.

Ausland.

Französische Streiks im Januar. Das Arbeitsamt verzeichnet im Januar 87 Streiks mit 8765 Teilnehmern (für 86 der Versuche) gegenüber 16 Streiks mit etwas über 1000 Teilnehmern im Januar des Vorjahres. Die Durchschnittszahl der Januar-Streiks in den letzten fünf Jahren beträgt 84. Nur drei Konflikte erstreckten sich auf mehr als einen Betrieb. In 25 Fällen waren die Ursache Lohnfragen: 9 Mal Forderung einer Lohnserhöhung und 16 Mal Abwehr gegen eine Lohnherabsetzung. Die Dauer der Streiks schwankt zwischen 1 und 29 Tagen. Der Ausgang der 26 beendeten Streiks: 3 Erfolge, 9 Ausgleiche und 14 Mißerfolge.

Unternehmer-Verbände.

Das deutsche Gärtnerei-Handwerk hat wegen des amerikanischen Wettbewerbes seine Preise herabsetzen müssen.

Der Verband der Fabrikanten der sächsischen Bismarck-Spinnerei in Werdau Grimmitz hat eine Arbeitsvereinbarung von 18 1/2 pCt. beschlossen. Begründet wird diese Maßregel damit, daß der Garpreis gestiegen sei und infolge dessen der Waarenabfall zurückgehen werde.

Die galizischen Naphtha-Industriellen haben nach erfolgter Kündigung des Kohöl-Kartells eine Genossenschaft gegründet, die ihren Sitz in Posen hat und den Namen führt: „Verein der galizischen Kohöl-Produzenten, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung“. Den Gegenstand des Geschäftsbetriebes bildet der Kommissionäre Verkauf und die Verwertung des gesamten von den Mitgliedern der Genossenschaft gewonnenen und bei Dritten angekauften Kohöls für gemeinschaftliche Rechnung, sowie die Vornahme von Geschäften, welche dieser Betrieb mit sich bringt. Die Genossenschaft-Anteile betragen je 1000 fl. Die Zahl der Anteile eines Genossenschafters richtet sich nach dem von ihm gewonnenen Kohölquantum demart, daß auf je 100 Eimern Kohöl ein Anteil kommt. Die Genossenschaft verpflichtet sich, ihr sämtliches Kohöl, das aus allen ihren gehörigen oder von ihnen gepachtet oder sonst ihnen zur Kohölgewinnung zusehenden Petroleumgruben gewonnen wird, sowie sämtliches, von dritten Personen gekauft Kohöl ausschließlich und allein durch Vermittelung der Genossenschaft zu verwerthen. Die Genossenschaft unterwerfen sich für den Fall des Zuwiderhandelns einer vom Exekutivkomitee zu bestimmenden, der richterlichen Mäßigung nicht unterliegenden Konventionalstrafe, die jedoch einen Gulden per Meter-Zentner des vertragswidrig verwendeten Kohöls nicht übersteigen darf.

Zum Generaldirektor der Genossenschaft wurde Boleslaw Lodynski gewählt. Der Exekutivrat besteht aus dem Herrnhans-Mitgliede Ritter v. Gorayski, Landtags-Abgeordneten Szeponowski, der Aktiengesellschaft Schodnica, der Karpathen-Naphtha-Aktiengesellschaft, der holländischen Gesellschaft Maatschappij, aus den Gebrüthern Gatenberg, Wolaski u. Odryzowski und der Oesterreichisch-Belgischen Gesellschaft als händigen Mitgliedern.

Die holländische Gesellschaft Moeara Enim, die in der Residentenschaft Palembang auf der Insel Sumatra die Berechtigung auf erdreichliche Vorkommen besitzt, hat sich mit der amerikanischen Standard Oil Company zu gemeinsamer Ausbeutung der Erdquellen jenes Distrikts verbunden. Das soll durch Errichtung einer neuen Gesellschaft geschehen, deren Aktienkapital auf 30 Millionen Gulden (1 Gulden ca. 170 M.) festgesetzt ist. Den Erwerbanteil des Kapitals zahlt die Standard Oil Company, wogegen die Gesellschaft Moeara Enim ihre Selbständigkeit vollständig verliert. Durch die Verschmelzung beider Gesellschaften haben die anderen holländisch-indischen Petroleum-Gesellschaften, deren bedeutendste die königliche Petroleum-Gesellschaft ist, eine Konkurrenz zu gewärtigen, die ihre Existenz bedroht. Die Aktien der holländischen Gesellschaft, die nur 8 Millionen Aktienkapital und 3 Millionen Anleihe hat, sind bereits im Kurs gefallen. Dieser Gesellschaft war von der Standard Oil Company zweimal

die gemeinsame Ausbeutung des indischen Petroleumgeschäftes vorgeschlagen worden, sie hatte aber die Vorschläge abgelehnt, worauf sie von der Standard Oil Company, die auch den indischen Markt beherrschen will, durch Unterbieten der Preise besiegt wurde.

Soziales.

Arbeiter-Mißo. Ein schreckliches Unglück meldet der Telegraph aus Ober-Würzburg im rheinischen Oberlande. Auf dem herrschaftlichen Schieferbruch daselbst sind am Dienstag Nachmittags 5 Uhr neun Arbeiter durch ins Rutschen gekommenen Erd- und Gesteinmassen getödtet und drei andere verletzt worden. Die Größe dieses Unglücks läßt darauf schließen, daß es um die Unfallverhütung in jenem Schieferbruch besonders schlecht steht.

Bei einem Umbau in der Kposiellstraße in Köln sind durch einstürzende Mauern 2 Arbeiter getödtet, 8 schwer und 1 leicht verletzt worden.

Ueber die Zeche „Vereinte Karolinenguld“ in Hamm wurde der Rheinisch-Westfälischen Arbeiter Zeitung von einem Korrespondenten, der 7 Jahre auf dieser Zeche gearbeitet hat, noch folgendes mitgeteilt:

In den Jahren 1870-1880 war auf „Karolinenguld“ wenig von Bettern bekannt, weshalb auch meist mit offenen Lampen gearbeitet wurde. Der damalige Betriebsleiter, Obersteiger Tempelmann, war auf Zuführung frischer Luft zu den gefährlichsten Arbeitsorten sehr bedacht. So hatte er die Anordnung getroffen, daß beim Pfeilerdurchhauen (Ueberbau von einem Ort zum andern) eine Wettermühle aufgestellt und für jede Schicht ein Arbeiter angestellt wurde, der diese Wettermühlen zu bedienen hatte. Später, als Tempelmann kein Betriebsleiter mehr war, wurde den Bauern beim Pfeilerdurchhauen kein Arbeiter zur Bedienung der Wettermühlen mehr gestellt. Es geschah dies aus Sparsamkeit. Man bohrt an verschiedenen Stellen ein 3 Zoll im Durchmesser umfassendes Bohrloch durch den Pfeiler und durch dieses Bohrloch wurde dem Hauer frische Luft zugeführt. Diese Bohrlöcher setzten sich aber manchmal zu, und um zu ihrem Lohn zu kommen, bemühten sich die Hauer dann, ohne Zuführung der Pfeiler durchzuhauen. Die Zeche steht in dem Ause, daß dort die niedrigsten Löhne verdient werden, trotzdem die Dividenden der Aktionäre steigen sind.

Zu dem sensationellen Spieler- und Wucherprozess, der in Hannover in Aussicht steht, wird gemeldet, daß ein daselbst etablierter Großindustrieller in einer Nacht 200000 M. verspielt habe, während die Lohnverhältnisse seiner Arbeiter in lechter Zeit sehr zu wünschen übrig ließen. Das wäre nur natürlich. Was die Unternehmer verpassen, das soll in der Regel der Arbeiter wieder aufbringen. Diese unmoralische Praktik des Unternehmertums zu rügen ist aber noch keinem der Herren Regierungsvertreter eingefallen, die in den Parlamenten so oft das Wort nehmen, um über die Arbeiter die volle Schale ihrer sittlichen Entrüstung auszusütten, wenn diese im gewerkschaftlichen Kampfe um die Verbesserung ihrer ärmlichen Lebensbedingungen einmal gegen einen Paragraphen des Gesetzes verstoßen.

Mangelnder Arbeiterschutz in den Brichen des Elsaßberges. Die Organisation der Steinarbeiter in Pirna hat eine Umfrage in den Steinbrüchen an der Elbe veranstaltet, deren Ergebnis jetzt vorliegt. Danach waren, wie aus geschrieben wird, in sämtlichen der untersuchten Steinbrüche die Kantinen nicht gedeckt, trotzdem das ausdrücklich vorgeschrieben ist. In einigen Brichen ist der Pfister oder der Bruchmeister zugleich Kantinenwirth. Die Arbeiter müssen für minderwertige Waaren Restaurationspreise zahlen. Bis in ein paar Brichen die Arbeiter ihrem „Vorgeber“ nichts mehr abkaufen, durften sie ihr Wohl nicht mehr in der Kantine einnehmen. Weiter ist ermittelt worden, daß in sämtlichen der untersuchten Briche die Aborte keine Thür hatten, obwohl sie von den Frauen mit benutzt werden mußten und meist nach der Straße zu gelegen waren. Leider verschmäht es die Gewerbe-Zuspektion, mit den Arbeiterorganisationen, die ihr Beschwerden abmitteln wollen, direkt in Fühlung zu treten.

Submissionswesen. Bei der Submission auf die Herstellung von Verbindungsdammen zwischen der Hallig Oland in der Nordsee und dem Festlande und zwischen den Halligen Langensig und Oland betrug das höchste Gebot 187502 M., das niedrigste 70546 M.

Die Arbeitsämter Württembergs bewirkten im Jahre 1897 23188 Arbeitsvermittlungen. Bei den 18 im Lande bestehenden Anhalten suchten insgesamt 57442 Arbeiter um Arbeit nach, von denen 40,4 pCt. Erfolg hatten; die restlichen 39,6 pCt. mußten abgewiesen werden, weil ihnen keine Arbeit nachgewiesen werden konnte. Um Zuweisung von Arbeitskräften suchten 39276 Unternehmer nach; 59 pCt. dieser Gesuche konnte entsprochen werden. Die „Schwab. Tagwacht“ schreibt hierzu: Auch diese Zahlen beweisen, daß das Arbeitsangebot die Nachfrage nach Arbeitskräften ganz bedeutend übersteigt und daß mithin eine wirkliche Verknappung der Arbeitszeit im Interesse des Volkswohls eine dringende Nothwendigkeit ist.

Aus der Schweiz. In Ausführung des bereits 1896 in Kraft getretenen Züricher Gesetzes betreffend die gewerblichen Schiedsgerichte hat vorige Woche der Kantonsrath das bezügliche Reglement des Züricher Stadtrathes genehmigt, so daß die Züricher Arbeiterschaft zuerst die Schiedsgerichte erhält. Winterthur wird wohl bald nachfolgen.

Im Jahre 1897 hat sich die Zahl der dem schweizerischen Fabrikgesetze unterstellten Etablissements um 261 auf 5494 und die Zahl der Arbeiter um 3927 auf 209920 vermehrt. Die Zahl der Pferdekräfte betrug 180300.

Ausgang der Landwirtschaft im Osten der Vereinigten Staaten. Nach den neuesten Statistiken giebt es, wie wir der „Frankl. Ztg.“ entnehmen, in den Neu-England-Staaten Amerika's 4900 verlassene Farmen, d. h. Anwesen, die von ihren Eigentümern der Verwilderung und dem Ruin preisgegeben worden. Die Bohm- und Nebengebäude verfallen, die Felder, die vordem sorgfältig bestellt wurden, sind mit Unkraut und Gestrüpp bedeckt und an manchen Orten sind auch Kirchen und Schulen dem Verfall geweiht, da die Bevölkerung im Laufe der Jahre zu dünn und spärlich geworden ist, um die Kosten der Erhaltung zu tragen. Sehr viele junge Bauernsöhne ziehen nach der Stadt, da sie dort leichter ihren Lebensunterhalt verdienen können, als auf der alten, ihnen von den Eltern hinterlassenen Heimstätte; andere, die der Landwirtschaft nicht abtrünnig werden wollen, haben sich nach dem Westen gewandt, wo der reiche, jungfräuliche Boden dem Landwirth besseren Ertrag sichert, als der schon mehrere Jahrhunderte unter Kultur befindliche Boden Neu-Englands. Ein treffendes Beispiel von dem Rückgang der Landwirtschaft in einzelnen Bezirken liefert das County Litchfield in Connecticut. Dort ist die Bevölkerung in den letzten vierzig Jahren um 3000 zurückgegangen, in demselben Zeitraum ist der Werth des Ackerbods von 1877 845 Doll. auf 880 782 Doll. gesunken und der Werth des zur Besteuerung eingeschätzten Grundbesitzes um die Hälfte gefallen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Sébastopol, 2. März. (B. H.) Der britische Konsul und dessen Sekretär wurden von Banditen angegriffen und mißhandelt. Den Thätern ist man auf der Spur.

Athen, 2. März. (B. H.) Es ist nunmehr festgestellt, daß das Attentat auf den König Georg von unjuridischen bürgerlichen und militärischen Elementen seit langer Zeit geplant und vorbereitet war, und daß Kardigi und dessen Genosse nur deren Werkzeuge waren. Die Polizei soll bereits sämtliche Schuldigen verhaftet haben. Man erwartet demnächst noch eine größere Anzahl von Verhaftungen.

Rio de Janeiro, 2. März. (B. Z. B.) Soweit die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl bisher bekannt geworden sind, ist Campos Salles mit großer Mehrheit zum Präsidenten und Rosa Silva zum Vizepräsidenten gewählt. In Rio de Janeiro hat sich die Opposition an der Wahl nicht betheiligt. Ueberall herrscht Ruhe.

Abgeordnetenhaus.

86. Sitzung vom 2. März 1898, 11 Uhr.

Von Ministerialrat Dr. von Miquel und Kommissarien.

Die Novelle zum Zentral-Genossenschafts-Gesetz (Erhöhung des Grundkapitals von 20 auf 50 Millionen) wird nach einigen unwesentlichen Bemerkungen der Abgg. Dr. Krenndt (fr.) und Ehlers (fr. Vg.) in dritter Lesung und endgültig angenommen.

Es folgt die zweite Lesung der Vorlage betr. die Bewilligung von Staatsmitteln zur Befestigung der durch Hochwasser im Sommer 1897 herbeigeführten Beschädigungen.

Der § 1 der Vorlage stellt der Regierung zu Entschädigungszwecken fünf Millionen zur Verfügung. Die Kommission hat eine Zusatzbestimmung aufgenommen, wonach diese Summe im Bedarfsfälle bis auf zehn Millionen erhöht werden kann. Die Gewährung von Beihilfen wird außer den von der Regierungsvorlage vorgesehenen Fällen weiter ausgedehnt a) auf solche Einzelpersonen, bei denen eine Gefährdung ihrer wirtschaftlichen Existenz vorliegt, b) auf Gemeinden und Kreise zur Vornahme von notwendigen Verbesserungen.

Abg. v. Jagow (L.) hält die Kommissionsvorlage für das Mindeste, was bewilligt werden muß; die Regierung werde auch namentlich die Verhältnisse des rechten Elbflusses rechtzeitig ins Auge fassen müssen, wenn sie dort eine neue Katastrophe vermeiden will.

Abg. v. Nichte-Hofen-Merischky (L.) bittet ebenfalls um Annahme der Kommissionsvorlage.

Minister v. Miquel kann sich keines Falles erinnern, wo das Parlament der Regierung einen Kredit von fünf Millionen bewilligt, den die Regierung nicht wünscht. Die Regierung kann ein Bedürfnis für einen höheren Kredit nicht anerkennen. Mitteilungen von Einzelfällen ändern daran gar nichts. Im ersten Momente pflegen solche Schäden ja auch überschätzt zu werden. (Rufe: Nein!) Es ist anerkennenswerth, wenn die Landräthe zunächst auf die Hilfe der Kreise zurückgreifen. Diese Beamten kennen die Leistungsfähigkeit der Kreise und den Umfang der Schäden am besten; das Urtheil eines einzelnen Abgeordneten kommt dagegen nicht in Betracht. Die Ermächtigung, eine größere Summe ausgeben zu können, ist für die Regierung schädlich; sie weckt die Begehrlichkeit und neigt zu weitgehenden Forderungen. Sie dürfen sicher sein, daß wir mit Nachforderungen kommen werden, wenn sie nötig sind. Die konstitutionellen Bedenken, die ja zunächst Sache dieses Hauses sind, sind so wichtig, daß ich zweifle, ob die Staatsregierung den Kommissionsbeschluß nicht zustimmen können. Bisher ist eine Stellungnahme der Regierung allerdings nicht erfolgt.

Abg. v. Schenkendorff (natl.): Wir müssen doch Werth darauf legen, daß die höhere Summe in die Vorlage aufgenommen wird. Dadurch die Begehrlichkeit zu wecken, liegt uns fern, aber wir wollen verhindern, daß man begründete Anträge mit der Begründung ablehnt, es seien keine Mittel vorhanden. Redner bittet, bei der Bedürftigkeitsprüfung der einzelnen möglichst liberal vorzugehen.

Abg. v. Köllichen (L.) bedauert, daß der Minister nicht die Stellungnahme der Regierung gegenüber den anderen Beschläffen der Kommission erklärt hat, so namentlich nicht bezüglich der von der Kommission angeregten Erschließung für die Thätigkeit der militärischen Hilfskommandos entstandenen Unkosten.

Minister v. Miquel: Der Kreis Völkstein hat 80 000 M. Schäden und zahlt 46 pCt. Kreissteuer; wie kann da von einer Leistungsunfähigkeit die Rede sein! Der Kreis würde also jetzt kommen und sagen: Ich bin unter den zu unterstützenden Kreisen besonders genannt, Geld ist ja genug da; ich verlange Entschädigung! Dieser Fall zeigt gerade, wie bedenklich die Beschläffe der Kommission sind. Es würde genügen, die Regierungsvorlage anzunehmen und — wenn Sie durchaus wollen — eine Resolution im Sinne der Kommissionsbeschläffe anzunehmen.

Abg. Graf Strachwitz (Z.) tritt namens seiner Freunde für die Kommissionsvorlage ein; er wird für die Kommissionsvorlage stimmen, wenigstens in der zweiten Lesung.

Abg. Wänsch-Schmidlein (fr.) befreit lebhaft die Behauptung des Ministers, daß die Taxen zu hoch gegriffen seien; das Gegenteil sei richtig. Würden die Taxen heute nochmals revidirt, sie würden viel höher ausfallen. Zahlreiche Beschädigungen kommen ja der Vorlage gegenüber gar nicht in Betracht, z. B. die Verluste an Einnahmen, Beschädigungen an der Gesundheit u. a. Am besten wäre es gewesen, wir hätten uns an Ort und Stelle von der Größe der Schäden überzeugt und einen gemeinsamen Ausfluß nach der oberen oder unteren genommen. Die politischen Freunde des Redners werden für die Kommissionsvorlage stimmen.

Abg. v. Nichte-Hofen-Merischky (L.) hält die Bedenken des Ministers nicht begründet. Beim Gesetz betr. den Wiederaufbau der Stadt Stratterode hat die Regierung sich auch die Einstellung einer höheren Summe gefallen lassen. Sollten aber wirklich budgetmäßige Bedenken begründet sein, so wird sich bis zur 3. Lesung wohl eine Form finden lassen.

Abg. Dr. Sattler (natl.) hält die budgetmäßigen Bedenken allerdings für ausschlaggebend; wenn man aber willens ist, diese Frage bis zur dritten Lesung zu regeln, so will Redner in zweiter Lesung für die Kommissionsvorlage stimmen.

Abg. Ring (L.): Die amtlichen Taxen sind zu niedrig; das hat sich in der Provinz Brandenburg gezeigt, wo die von der Regierung auf 2 Millionen taxirten Schäden von der Landwirtschaftskammer auf 6 Millionen geschätzt sind. Redner bemängelt die Wasserbauten und verlangt eine schnelle Ausräumung der Spree von dem oberen Spreelauf an, wodurch allein weitere Ueberschwemmungsschäden vermieden werden können.

Regierungskommissar Geh. Finanzrath Dr. v. Günther sucht nachzuweisen, daß die vorhandenen Mittel zur Entschädigung nach Maßgabe der aufgenommenen Schätzungen ausreichen.

Minister Freiherr v. Hammerstein bemerkt, daß vorbedingende Wasserbauten in einer besonderen Vorlage begründet werden sollen; es lasse sich eben nicht alles mit einem Male thun.

Abg. Gotthein (fr. Vg.) kann die Budgetbedenken so hoch nicht anschlagen; sie treffen ebenso zu gegen die fünf Millionen der Regierungsvorlage wie gegen die 10 Millionen der Kommissionsbeschläffe. Es sei nicht bedenklich, der Regierung einen nach oben hin begrenzten Kredit zu geben. Der Sinn der Bevölkerung ist eben, die Regierung möge vor Mehrunterstützungen nicht zurückschrecken. Schließlich läßt sich allerdings dasselbe durch eine Resolution erreichen.

Abg. v. Cichel (L.) warnt davor, die Leistungsfähigkeit der Kreise zu sehr anzupumpen; es bleibe diesen Kreisen, so namentlich auch dem vom Redner vertretenen Kreise Lauban ohnehin noch genug zu thun an Brückenbauten, Uferbefestigungen u. a.

Abg. Vercha (Z.) kritisiert die Höhe der von den Truppenkommandeuren geforderten Entschädigungssätze.

Abg. Schlaby (fr.) wird mit seinen Freunden für die Kommissionsbeschläffe stimmen, sich aber bemühen, bis zur dritten Lesung eine der Regierung genehme Fassung zu finden.

Abg. Graf (fr.) beklagt sich, daß die Provinz Sachsen auch bei dieser Vorlage wieder schlechter behandelt worden ist, als die Provinz Schlesien.

Damit schließt die Debatte. Der § 1 wird ziemlich einstimmig in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso der Rest der Vorlage ohne weitere Debatte.

Morgen (Donnerstag) 11 Uhr: Kusstellungs-Gesetz und Anstaltengesetz.

Schluß 2 1/4 Uhr.

Wahlbewegung.

Den Freisinnigen will es nicht gelingen, für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis einen Kandidaten aufzutreiben. Eine am Dienstag abgehaltene Generalversammlung des Wahlvereins, die von ganzen 28 Mann besucht war, unterhielt sich wieder einmal über die schwierige Frage, ohne sie zu lösen. Ueberall hat der Wahlverein einen Korb bekommen. Stadtv. Goldschmidt (wir zitiren nach der „Berliner Zeitung“) meinte, man möge sich bei der Auffindung eines Kandidaten weniger an seiner Konfession haken, es komme für diesen Wahlkreis gar nicht in Betracht, ob der Kandidat Christ oder Jude sei. Wenn sich kein geeigneter Christ fände, solle man zwischen zwei Juden wählen, nämlich Herrn Dr. Max Hirsch, dem Anwalt der Gewervereine, und dem Stadtverordneten Rosenow. (Redner verläßt hierauf den Saal.) Von mehreren Rednern wird bemängelt, daß man Herrn Dr. Hirsch bisher keinen aussichtsreicheren Kreis seitens der Partei zugewiesen hat. Suppaß erklärte, daß er sich noch immer nicht von dem Erstaunen erholen könne, wieso man Dr. Hirsch, für den nur 5 von 20 Stimmen im Vorstande gewesen seien, hier aufstellen wolle. Er empfehle Herrn Rosenow. Herr Schubert polemisierte gegen den Wechsel in den Prinzipien, er wolle man keine Juden aufstellen und nun, da man ratlos sei, greife man aus Verlegenheit dazu; mit solchen Kandidaten sei die Niederlage schon heute feststehend. Schließlich wird die Kandidatenfrage, ihrer großen Wichtigkeit halber und da sie, wie man später bemerkt, gar nicht auf den Einladungsarten vermerkt ist, bis auf weiteres vertagt. Die Freisinnigen sind also schon soweit, daß sie in Berlin den Kampf überhaupt kaum noch auszuheben wagen. Unsere Gewossen im dritten Kreise werden sich selbstverständlich keineswegs einlassen lassen, auch durch das Bewußtsein nicht, es mit recht schwächlichen Gegnern zu thun zu haben.

Herr v. Geyd soll, wie einige Blätter melden, diesmal im ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis nicht wieder kandidiren wollen. Er könne sich diesmal mit einem „bloßen Achtungserfolge“ nicht zufrieden geben, sondern werde sich in einem anderen Kreise aufstellen lassen.

Im Wahlkreise West-Prignitz haben die Konservativen Herrn v. Salder-Blattendorf aufgestellt. — Im Wahlkreise Landberg-Soldin ist nunmehr der Amtsvorsteher Bernice aus Ober-Gewin als gemeinsamer Kandidat der Konservativen, der deutsch-sozialen Reformen und des Bundes der Landwirthe aufgestellt worden.

Von den Nationalsozialen will sich der in Oldenburg-Blon als Kandidat aufgestellte Redakteur Danasche der „Tägl. Rundsch.“ zufolge auch im Wahlkreise Pinneberg-Elmsborn als Reichstagskandidat aufstellen lassen.

Nachdem aus einem Zusammengehen der Konservativen und der Nationalliberalen in Halberstadt nichts wird, wollen die Konservativen selbständig vorgehen.

Aus hannoverschen Wahlkreisen. Im Reichstags-Wahlkreise Celle-Gifhorn beabsichtigt der Handwerkerverein einen eigenen Kandidaten aufzustellen. — In Hoya-Verden haben Vertrauensmänner der reichstreuen Parteien den Landwirth Siebenmeier Meyer aus Madlen als Kandidaten aufgestellt, dem auch die Mitglieder des Bundes der Landwirthe ihre Stimme geben werden. — Dem Vernehmen nach wird im zweiten hannoverschen Reichstags-Wahlkreise Kurich-Wittmund vom Bund der Landwirthe Landrath Dr. Jberhoff in Aurich als Gegenkandidat gegen Sanitätsrath Fr. Kruse aufgestellt. Die im 11. hannoverschen Reichstags-Wahlkreise versuchte Einigung zwischen dem Bund der Landwirthe und den Nationalliberalen ist nicht zu stande gekommen. Infolge dessen wird jede der beiden Parteien ihren eigenen Kandidaten aufstellen, und zwar die Nationalliberalen den bisherigen Abgeordneten Jorns, der Bund der Landwirthe den Mühlenbesitzer Harthehausen-Vollensen.

Herr Reichstags-Abgeordneter Kopch berichtete auf dem Parteitag der Freisinnigen in Oberhessen, daß in sechs 70 Kreisen die Kandidatenfrage zwischen den „linkslebenden“ Liberalen geregelt sei, daß aber in etwa 10 Kreisen eine Verständigung bisher nicht habe erzielt werden können.

Ein dieser Tage in der ganzen Pfalz verbreitetes Wahlflugblatt bringt die offiziellen sozialistischen Kandidaten bis auf den 4. Wahlkreis (Zweibrücken-Birmosau), wo demnach erst der Kandidat aufgestellt wird. Nominirt sind: Für den 1. und aussichtsreichsten Wahlkreis (Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal) Landtags-Abgeordneter Ehrhart-Ludwigshafen, den 2. (Landau-Neustadt) und den 3. (Germersheim-Bergzabern) Buchdruckereibesitzer J. Düber-Ludwigshafen, den 5. (Homburg-Kübel) Landtags-Abgeordneter Ehrhart und den 6. Wahlkreis (Kaiserslautern-Kirchheim) Stadtrath Clement-Kaiserslautern.

Die Vertrauensmänner des „Bundes der Landwirthe“ stellen für den Wahlkreis Germersheim-Bergzabern einstimmig den Landtags-Abgeordneten Diehl-Anweiler als Reichstagskandidaten auf.

Im Reichstags-Wahlkreise Speyer-Ludwigshafen wird, da der bisherige Vertreter Kommerzienrath Dr. Klemm nicht mehr kandidirt, Major v. Heyl-Bornum, ein Bruder des dortigen Großindustriellen und Abgeordneten, als Kandidat genannt. Konservative, Nationalliberale, Deutschsoziale und Bund der Landwirthe haben sich im 18. sächsischen Reichstags-Wahlkreise Zwitkau-Krimmitschau auf die Kandidatur des Rohlenwerksbesitzers, Fabrikanten und russischen Kommerzienrath N. Wiede in Bockwa geeinigt. Es ist das derselbe, der im Jahre 1892 gegen den Redakteur des Bergarbeiterorgans „Glückauf“, Genossen Gladewitz, eine Verleumdungsklage anstregte und so dem Genannten zu einem Jahre Gefängniß verhalf.

Aus Straßburg i. El. schreibt man uns: Die offiziöse „Straßburger Post“ bläst vom Sammeln der bürgerlichen Parteien, um bei den bevorstehenden Reichstagswahlen den Sieg des sozialistischen Kandidaten in der Hauptstadt der Reichslande zu verhindern. Uns Sozialisten könnte nichts angenehmer sein, als wenn man in den bürgerlichen Lagern dem Lockruf der „Post“ folgen und sich zur Aufstellung eines gemeinsamen Sammelkandidaten entschließen würde. Denn wenn nirgendwo, so müßten wir hier in Straßburg aus einer derartigen Situation die größten Vorteile ziehen. Die Vereinigung der großen liberalen oder demokratischen Wählermassen des reichslandischen Bürgerthums auf einen Anhänger des Gouvernements ist eine thatsächliche Unmöglichkeit; denn in jenen Kreisen betrachtet man den Reichstags-Stimmzettel als das wirksamste Instrument des geharnischten Protestes gegen das bestehende System der Diktatur und Ausnahmegerichte. Andererseits ist auch die Unterstützung einer linksliberalen oder gar liberalen Kandidatur seitens der governmentalen gesunten protestantischen Wähler äußerst schwer zu erreichen, selbst wenn es gelang, die heikle Personenfrage in befriedigender Weise zu lösen. Die Chancen des sozialistischen Bewerber würden im Falle einer bürgerlichen Sammelkandidatur also zweifellos steigen, einmal weil die Wahlbeteiligung auf gegnerischer Seite dabei voraussichtlich eine Lage wäre, während der begehrten Kampfruf: „Gegen den gesammten bürgerlichen Rischmasch!“ in unserer Lager auch den letzten Mann auf die Beine brächte; dann aber auch, weil die Sammelkraft unserer Gegner die Entscheidung schon im ersten Wahlgang herbeiführen würde, bei dem es ersahrungsgemäß schwieriger ist, die Wählermassen auf eine Kompromißkandidatur zu vereinigen als in der Stichwahl. Im bürgerlich-oppositionellen Lager scheint man thatsächlich auch einzufinden, daß die Sammelkraft lediglich den bösen Sagen zu gute käme: die Lockrufe der „Post“ haben auf jener Seite wenigstens bis heute noch keinen Widerhall gefunden.

Kommunales.

Nachlese zum städtischen Etat des Straßen- und Brückenbauamtes für 1898/99. Für die Verbreiterung der Wallstraße zwischen Spittelmarkt und Neue Poststraße, welche event. im Wege des Enteignungsverfahrens durchgeführt werden soll, sind im Extra-Ordinarium 2 865 000 M. flüssig gemacht. Ferner liegt die Abfuhr vor, den Reitweg in der Bellealliancestraße durch Herstellung einer Entwässerungsanlage trocken zu legen. Die Kosten für diese Ausführung im Betrage von 5000 M. sind in den Etat vorgezogen. Mit der Herstellung von Bedürfnisanstalten mit Delverschluß für Männer soll nunmehr, nachdem die Erfahrungen über den Erfolg der Wasserpflüfung durch Delverschluß zum Abschluß gekommen sind, vorgegangen werden, weshalb für diesen Zweck 50 000 M. in den Etat eingestellt worden sind. Dem vorhandenen Bedürfnis entsprechend sollen im Humboldthain und im Köllischen Park je eine Bedürfnisanstalt für Frauen errichtet werden, wofür 15 000 M. zum Anfaß gekommen sind. Ferner wird beabsichtigt, auf dem Bärthepplatz den Brunnen wieder aufzustellen, der wegen der Errichtung der Berolina auf dem Alexanderplatz dort beseitigt werden mußte.

Lokales.

Der Berliner „Verein gegen Verarmung“ hat im Jahre 1897 im ganzen 4259 Personen unterstützt, davon 59 mit Nähmaschinen (welche abbezahlt werden müssen), 251 mit Darlehen, 3949 mit Geschenken. Im Jahre 1896 waren nur 3696 Personen unterstützt worden, 59 mit Maschinen, 196 mit Darlehen, 3442 mit Geschenken. Gegen das Jahr 1896, das sich allerdings — insolge zeitweiliger Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse und daraus sich ergebender Abnahme der Noth der ärmeren Bevölkerung — durch ungewöhnlich niedrige Zahlen auszeichnet, ist 1897 wieder eine erhebliche Zunahme der Zahl der Unterstützten (um über 15 pCt.) eingetreten. Das Verhältniß der Zahl der zurückzustellenden Beihilfen (Darlehen, Maschinen) zur Gesamtzahl der Unterstützungen hatte sich schon gleich nach den ersten Anfängen der Thätigkeit des Vereins zu verschoben begonnen und war dann sehr bald bedeutend herabgegangen. Es erhielten im ersten Vereinsjahre, 1870, von je 1000 überhaupt Unterstützten 567 eine Maschine oder ein Darlehen und nur 433 ein Geschenk; dagegen 25 Jahre später, 1895, von je 1000 nur noch 76 eine Maschine oder ein Darlehen und 924 ein Geschenk. 1896 stellte sich die Verhältnißzahl der mit Darlehen oder Maschinen Unterstützten sogar nur noch auf 69, aber 1897 ist sie wieder auf 73 gestiegen, — eine geringe Besserung, von der man abwarten muß, ob sie fortschreiten wird oder nur dem Zufall zu danken ist. Wir erblicken in diesen Zahlen einen Maßstab für die Beurtheilung der Leistungen des Vereins, dessen Prinzip ja statutenmäßig noch heute darin besteht, möglichst wenig zu schenken und, wo angänglich, nur Darlehen oder Maschinen zu geben. Der Verein hat sich von diesem Prinzip immer weiter entfernt, immer mehr das direkte Geschenk aus einer Ausnahme zur Regel werden lassen wissen, weil er eben die Möglichkeit, Verarmenden mit dauerndem Erfolge auszuheilen und sie vor völliger Verarmung zu bewahren, immer seltener vorzufinden hat, und immer häufiger die Verhältnisse der Bittsteller sich als solche herausgestellt haben, daß ihnen in ihrer bereits eingetretenen Verarmung nur noch eine nothdürftige und vorübergehende Linderung ihrer Noth gewährt werden konnte. In der am Montag abgehaltenen Generalversammlung fand natürlich der Vorstand trotzdem, daß auch im abgelaufenen Jahre der Verein wieder seine Aufgabe vollkommen erfüllt habe. Ein Theil der Mitglieder dagegen war diesmal anderer Ansicht. Man sagt an, zu finden, daß die Verwaltungskosten (1897: 25 868 M.) in einem starken Mißverhältniß zu der Unterstützungssumme (1897: 87 409 M.) stehen, und glaubt, darauf die seit vielen Jahren trotz aller Agitation fortschreitende Abnahme der Mitgliederzahl und des Interesses für den Verein zurückführen zu müssen. Dem gegenüber weist der Vorsitzende darauf hin, daß man hierbei nicht bloß an die 4259 unterstützten Personen, sowie an die anderweitige Hilfe (Arbeitsbeschaffung und so weiter, worüber aber Zahlen nicht angegeben wurden) denken dürfe. Auch die, viel Arbeit und Kosten verursachenden, Ablehnungen kämen in Betracht (1897: 9581 Ablehnungen auf insgesamt 18 840 Gesuche), ja diese bildeten sogar einen sehr wichtigen Theil der Vereinsarbeit, insofern dadurch dem gewerkschaftlichen Betheil und der Verschleuderung wehrthätiger Spenden an Unwürdige vorgebeugt werde. In gewisser Hinsicht möchten wir dem Vorstande darin beistimmen, daß ihm jene Mitglieder-Gruppe, die auf Herabminderung der Verwaltungskosten dringt (und am Montag die Einsetzung einer Kommission zur Vereinfachung der Organisation und des Geschäftsganges durchgesetzt hat), unrecht thut. Die Herren verkennen den eigentlichen Zweck des Vereins. Seine Hauptaufgabe besteht thatsächlich im Ablehnen, nicht im Bewilligen. Er ist ursprünglich gegründet worden, weniger um den Armen zu helfen, als um die bemittelte Bevölkerung gegen die Verarmung durch Arme zu schützen. Es soll in erster Linie ein Schutzverein für die Wohlhabenden sein; die den Armen gewährte Hilfe ist nur das nicht zu umgehende Mittel zu diesem Zweck. Von diesem Standpunkt aus kann man die für die Verwaltung aufgewendeten 25 000 M. in der That nicht als weggegeben ansehen. Wer auf diesem Standpunkt steht, hat aber freilich auch kein Recht, auf seine Arbeit übermäßig stolz zu sein, — namentlich dann nicht, wenn er bei dieser Gelegenheit so wenig gegen die Verarmung ausrichtet und nur aus neue beschäftigt, daß mit der so gepriesenen „Privatwohltätigkeit“ die Verarmung der Massen niemals aufgehalten werden kann.

Der Magistrat will selbst mit Feststellungsklagen vorgehen gegen einzelne Bureau-Hilfsarbeiter, diese überraschende Mittheilung machte der Bureaudirektor Werkmeister dem Vorsitzenden des Vereins Berliner Gemeindebeamten Herrn Korbach, als dieser, wie bereits berichtet, sich weigerte, eine Erklärung dahingehend zu unterzeichnen, daß er nicht Beamter sei, sondern nur ein durch Privatkontrakt angenommener, vorübergehend beschäftigter Hilfsarbeiter, der keinen Anspruch darauf erheben könne, jemals angestellt zu werden und der deshalb hierdurch ausdrücklich versichert, auch niemals einen derartigen Anspruch erheben zu wollen. Falls er diese Erklärung nicht unterschreibe, würde nicht nur sein seit fast 1 1/2 Jahren schwebendes Gehalt um Gehaltsverhöhung zurückgewiesen, sondern der Magistrat werde auch im Wege der Feststellungsklage gegen ihn vorgehen. Korbach gab hierauf zu Protokoll, daß er die Unterschrift vorsehender Erklärung unter der Begründung verweigere, daß er nach § 56 Absatz 6 der Städte-Ordnung als pensionsberechtigter, lebenslänglich angestellter Beamter sei. — In den Kreisen der Bureau-Hilfsarbeiter steht man der Klageandrohung des Magistrats mit Gleichmuth gegenüber, ja ein solches Vorgehen wäre ihnen geradezu erwünscht, denn wenn auch das Ober-Verwaltungsgericht, wie es kürzlich in Sachen Korbach gegen den Magistrat geschah, sich in der Hilfsarbeiterfrage auf den Standpunkt des Magistrats stellt, so ist das bei der bekannten Rechtsprechung des Reichsgerichts bedeutungslos.

Die berechneten Magistrats-Briefboten haben eine arge Enttäuschung erlitten. Sie beziehen bisher an den Wochentagen einen Diätensatz von 2 M., müssen aber auch an den Sonntagen und Festtagen die erforderlichen Briefbestellungen erledigen, ohne daß ihnen aber eine Entschädigung hierfür gezahlt wird. Ein Sommerurlaub von

acht Tagen wird den Nachsuchenden zwar bewilligt, jedoch nur unter Wegfall der Diklen für diese Zeit. Zweck Aufbesserung ihrer Lage andern nun die Briefboten vor längerer Zeit eine Petition an den Magistrat, in dem um Freisetzung eines monatlichen Diktensatzes von 60 M. und um Bewilligung eines achtstägigen Sommerurlaubes, jedoch ohne Gehaltsabzug, gebeten wird. Die jetzt eingegangene Antwort lautet ablehnend und bedrückt die Briefsteller so wenig, daß sie demnach mit einem neuen Gesuche an die Stadtverordneten-Versammlung herantreten wollen.

Die Bedingungen, von denen die Verleihung der goldenen Zehnmark-Medaille abhängig gemacht wird, bereiten einem Theil der Patrioten bedenkliche Kopfschmerzen. Verschiedenen Leuten, die sich um den Orden beworben haben, ist von der Polizeibehörde eine abschlägige Antwort in dem Falle ertheilt worden, daß sie in ihrem Vorleben mit dem Strafgesetze in Konflikt gekommen sind. So wurde, um ein Beispiel zu erwähnen, die Uebersetzung des Medaillensatzes einem Krieger, der drei Feldzüge mitgemacht hatte, aus dem Grunde verweigert, weil er vor nunmehr fünfzehn Jahren wegen Unterschlagung mit vier Monaten Gefängnis bestraft worden ist. Eine solche Verweigerung der Medaille wirkt zum Theil verhängnisvoller als auf den ersten Blick anzunehmen ist. Denn der Veteran kommt aus eigenem Antriebe verhältnismäßig selten darauf, sich um die „Auszeichnung“ zu bemühen; die Agitation dazu geht häufig von Kriegervereinen aus, die für ihre Angehörigen die Parole angeben, daß ein jeder um den Orden einzukommen habe. Die Mitglieder nun, die die Medaille nicht answirken können, verfallen der Achtung, weil sie schließlich wohl oder übel bekennen müssen, daß sie einst einen Verstoß begangen haben, über den sie längst Gras gewachsen wählten. Wie es heißt, soll in einigen Fällen der Ausschluß solcher Leute aus den Militärvereinen in Erwägung gezogen worden sein. Träfe solches zu, dann würden diese Mitglieder überdies noch pekuniär arg geschädigt werden, indem sie der Kranken- und Sterbegelder verlustig gingen, zu denen sie die Jahre hindurch beisteuern mußten. Und das alles wegen der Zehnmark-Medaille.

Die Verfehrstörungen auf der nunmehr elektrisch betriebenen Linie Alexanderplatz-Schöneberg dauerten auch gestern fort. Die Akkumulatorenwagen, welche die Ursachen der Störung waren, sind aus dem Betrieb gezogen worden und an deren Stelle hat man Pferdeabfuhrwagen eingestellt. Zur Zeit sollen auf der Strecke 11 Akkumulatoren- und 8 Pferdeabfuhrwagen verkehren.

Der vom Volkshilfsverein von Nothden Kreuz am Grabowsee erbaute, von der Firma Selberg u. Schlüter ausgeführte dritte Pavillon für 50 Betten ist dem Betriebe übergeben worden.

Krank und in seiner Stellung gefährdet, hat der 68 Jahre alte Pförtner Johann Sachweh aus der Karstr. 15 Hand an sich gelegt. Sachweh verah dort den Pförtnerdienst schon seit 8 Jahren, nachdem er vorher bereits 5 Jahre dieselbe Stellung in dem gegenüber liegenden Hause bekleidet hatte. In der Kellerwohnung hatte er sich nicht zugewogen, sobald es mit seiner Arbeit wohl nicht so recht mehr ging. Dazu kam, daß seine Frau seit 6 Wochen an einem Geschwür an der Hand litt und daher ebenfalls nicht so schaffen konnte wie sonst. Unter diesen Umständen waren die Leute ihrer Aufgabe, für drei Häuser zu sorgen, nicht gewachsen und erhielten von der rücksichtslosen Hauswirthin die Kündigung. Der bejahrte Mann wollte das nicht überleben und erhängte sich in der vergangenen Nacht an seinem Kleiderständer.

Weglich des Unfriedens von dem Motorwagen zum Anhangwagen werden von den Fahrgästen der elektrischen Straßenbahnen, sowohl der Berliner wie der Charlottenburger, immer heftigere Klagen darüber erhoben, daß in solchen Fällen stets die Lösung eines zweiten Willets nöthig wird. Man verlangt dringend die Beseitigung dieser störenden und lästigen Einrichtung, deren Befolgen man durch nichts für gerechtfertigt hält. Wie jedoch von beiderseitiger Seite erklärt wird, halten die Direktionen der Straßenbahn-Gesellschaften nach wie vor an der Lösung eines zweiten Willets beim Umsteigen fest, weil ihrer Meinung nach mit der Beseitigung dieser Maßregel jede Kontrolle aufhören würde.

Durch Explosion einer Petroleumlampe wurde in der gestrigen Nacht der Fabrikarbeiter Pawelowsky in der Ackerstr. 110 schwer verbrannt. Als sich die Familie zu Bett begeben wollte, stieß ein Kind die Lampe um, welche sofort explodirte. Gleichzeitig wurde die Wohnungseinrichtung in Brand gesetzt. Die Feuerwehr leistete dem Verunglückten die erste Hilfe und löschte den Stubenbrand ab. Der Wohnungsinhaber ist nicht versichert.

Im Tode geföhrt hat der Schlaganfall, von dem, wie wir mittheilten, in der Nacht zum Dienstag der Droschkenföhrtner Johann Jantusch in der Ausübung seines Berufes auf dem Kutschherd getroffen wurde. Jantusch, der in der Oranienstr. 5 wohnte, ist gestern im Krankenhaus am Gehirnschlag gestorben.

Jungen geföhrt. Zum Zwecke der Wiederaufnahme eines Strafprozesses wegen vorsätzlicher Körperverletzung wird die Wastfan, welche am 15., 16. und 17. Sept. v. J. im Hause Dessauerstraße 8 gewaschen hat, dringend gebeten, ihre Adresse bei Elsa Schied, per Adresse Fran Stranz, Prinzenstr. 90, abzugeben.

Der Feenpalast an der Burgstraße ist neuerdings häufiger als irgend ein anderes öffentliches Institut dem Wechsel der Dinge unterworfen worden. Er beherbergte in den letzten Jahren patriotische Ausstellungen, den Bund der Landwirthe, sowie die Getreidebörsen, und kam dann wieder auf seine alte Liebe, rief die Spezialitäten zurück. Seit gestern hat das große Versammlungslokal ein ganz verändertes Aussehen erhalten. Es sind dort in stattlicher Anzahl zwei exotische Völkerschaften, Javaner und Afrikaner, aufgestellt. Letztere weichen wenig ab von den zahlreichen afrikanischen Stämmen, die hier im Laufe der Zeit Exemplare hergeschickt hatten. Es ist möglich, daß der Värm, den sie auf ihren Musikinstrumenten verursachen, noch etwas geräuschvoller ist, als der von anderen Regensvölkern verübte, aber in ihres Wesens Heftigkeit scheinen sie den Bekanntheiten, die wir früher im Publikum machen konnten, so ziemlich gleich zu sein. Von besonderem Interesse sind eine Reihe Handwerker, die in ihren Hütten monderlei Kunstgegenstände von theilweise hübscher Beschaffenheit anfertigen. Auch genähren die Einzelbitten Einblick in das Familienleben der fremden Gäste; postförmlich ist der Anblick einer Kinderskule.

Von ganz anderer Bedeutung erscheinen die Javaner und Javanerinnen, die sich auf der Bühne plazirt haben. Sind die Regier durch kindliche Lebhaftigkeit charakterisirt, so fallen die Gäste aus dem indischen Archipel durch einen feierlichen Ernst, durch vorförmlich abgegriffene Bewegungen auf. Die Männer mit wohlgepflegten Bartkoteletten sehen in ihrer steifen Grandezza aus wie junge preussische Bureaukraten, die vor dem Kaiser vorzutreten pflegen. Jeder Schritt in den Tanzpantomimen, ja, jede Armbewegung beim Fechten ist wohlüberlegt und vorsichtig abgemessen, als ob das Leben von einem Fehlschritt abhänge. Mit der gleichen pedantischen Würde hüpfen die Frauen einher. Die Musik der Javaner wird von einem garnicht kleinen, auf seltsame Instrumente angewiesenen Orchester angeführt und klingt wenigstens anfänglich nicht gerade unangenehm. Hierlich und geschmackvoll in der Farbensammensetzung ist die Kleidung der indischen Gäste. Unter den Frauen fallen einige durch hübsche, regelmäßige Züge auf.

Theater. Im Schiller-Theater wird die Ausgabe der Abonnementsliste für den ersten Angenährer-Jahres-Donnerstag, den 10. März, geschlossen. Lope de Vega's Lustspiel „Der Augenböhmer“ und das überreichliche Singpiel „Das Persische Interner Herz“ werden heute zum letzten Male wiederholt. Mittwoch, den 9. März, wird zum ersten Male die Föffe „Ein gemachter Mann“ von Jacobson gegeben. Freitag und Sonnabend finden Wiederholungen von Grillparzer's „Die Ahnen“ statt.

Feuerbericht. Dienstag Abend 7 Uhr mußte Chauffeur Nr. 14 ein Schaufensterbrand abgeblöht werden. Kurz darauf entstand Wilhelmstr. 122 ein Kellerbrand, bei welchem mehrere Verschläge mit Inhalt eingekäschert wurden, auch litt die Balkenlage erhebliche Beschädigungen. Mittwoch früh brannte Oranienstr. 150 ein Sopha. Am 11 Uhr mittags hatte sich Uesdornstr. 21 Torf im Keller entzündet, doch konnte die Gefahr schnell beseitigt werden.

Und den Nachbarorten.

Brig. Wir machen die Parteigenossen darauf aufmerksam, daß am Montag, den 7. März, von 2-4 Uhr nachmittags die Ersahwahl zur hiesigen Gemeinde-Vertretung stattfindet. Von unserer Partei ist der Kaufmann Hermann Jener als Kandidat aufgestellt. Es ist Pflicht der Parteigenossen, energisch zu agitieren und am Wahltag zur rechten Stunde Mann für Mann an der Wahlurne zu erscheinen, damit unser Kandidat aus der Wahl als Sieger hervorgeht. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß am Sonntag, den 6. März, nachmittags 2 Uhr bei Adam (Büchler) eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung stattfindet. Das Wahlkomitee.

Schöneberg. Am Sonnabend den 5. März, abends 8 1/2 Uhr, veranstaltet der Arbeiter-Bildungsverein ein geföhliges, zwangloses Beisammensein der Mitglieder mit ihren Frauen in der hiesigen Schlossbrauerei. Als Einleitung wird Genosse Alfons Vorchard-Berlin einen Vortrag über das Leben und Wirken Heinrich Heine's halten. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mödderner Wohnungswucher. In der „Charl. Neuen Zeit“ lesen wir: Von Wohnungsmietheimen förmlich boykottirt werden zur Zeit die Häuser der Immobilien-Verkehrsbank. Die betreffende Bank hat innerhalb eines Jahres ca. 20 Häuser in der Substation erstanden. Die Mieter dieser Häuser wurden absonderlich gekündigt und mußten ausziehen. Nachdem die Häuser theilweise renovirt worden sind, hat die genannte Bank die Mietten enorm gesteigert, eine Wohnung von 4 Zimmern kostet 1200-1300 M. Gegen diese hohen Miettpreise hat das Publikum bisher energisch Protest gemacht. Daher ist es gekommen, daß ganze Reihlen Häuser in der Pfingstallee, Krumme- und Goethestraße vollständig leer stehen. Viele Mieter haben es vorgezogen, wieder nach Berlin zurückzugehen. Die Gegend am Karl August-Platz ist nahezu entvölkert. Die Geschäftslente sind dadurch sehr geschädigt worden; viele haben ihr Geschäft ausgeben müssen, weil ihnen die Kunden fortgezogen sind. Es wäre nur zu wünschen, daß die Mieter auf ihrem absehnlichen Standpunkt bestehen bleiben; dann würde die Immobilien-Verkehrsbank sich wohl genöthigt sehen, die Miettpreise wieder herabzusetzen.

Eine Heimstätte für Invaliden und Konvalaleszenten soll die Invaliditäts- und Altersversicherungskassa der Provinz Brandenburg bei Weick an der Wehlaer Bahn errichten. Die Versicherungskassa, deren Vermögensbestand sich bereits auf 28 Millionen Mark belaufen soll, hat dort zu dem angegebenen Zweck ein Areal von 560 Morgen zum Preise von 448 000 M. erworben, auf welchem eine für 500-800 Personen bestimmte Heimstätte errichtet soll.

Geriichts-Beitung.

In der seinerzeit viel besprochenen Anklagesache gegen Bankier Sternberg und Genossen wegen angeblicher Uebersetzung des Aktiengesetzes fand bekanntlich im Oktober v. J. eine dreiwöchige Verhandlung statt, die damit endigte, daß der Gerichtshof einerseits wegen Verjährung freisprach, andererseits bei der Verurteilung des Aktiengesetzes feststellte, daß keinerlei Uebersetzung des Aktiengesetzes stattgefunden habe, daß die zum Gegenstande der Anklage gemachten Transaktionen vielmehr ausnahmslos bei der stattgehabten eingehenden Prüfung als vollständig korrekt gefunden worden seien. Die Staatsanwaltschaft hatte damals gegen dieses Erkenntnis Revision angemeldet, so daß bisher angenommen wurde, daß dieser Prozeß auch noch das Reichsgericht beschäftigen würde. Nach nochmaliger, mehrere Monate dauernder Prüfung der Sache hat sich die königl. Staatsanwaltschaft nunmehr veranlaßt gesehen, die Revision unter dem 23. Februar er. selbst zurückzugeben.

Die ungenutzten Stiefel des Herrn Doktors. Eine sehr interessante, kulturhistorische wichtige Entscheidung fällt heute das Reichsgericht. Das Landgericht I in Berlin hat am 2. Dezember vorigen Jahres die unverschickte Zimmervermieterin Marie Sonnenberg wegen Freiheitsberaubung und verurtheilt die Abhängung zu 3 Tagen Gefängnis verurtheilt. Dr. K. wohnte bei ihr gegen 60 M. monatlich zur Miete und hatte gekündigt. Fr. S. machte noch eine Forderung von 80 M. geltend, die er nicht anerkannte, und nahm deshalb mehrere Sachen des Herrn Doktors in Beschlag. Eines Morgens, als Dr. K. nach dem Kuchwärtigen Aute gehen wollte, erhielt er von der Vermieterin seine Stiefel, die sie ruhen sollte, nicht zurück. Er gerieth dadurch in große Verlegenheit, weil er ein zweites Paar nicht zur Verfügung hatte. Aus dem Fenster rief er schließlich einem Vorübergehenden zu, er möge ihm ein Paar neue Stiefel besorgen. Diese erhielt er dann nach zweifelhaftem Harren. Das Landgericht hat angenommen, daß Fr. S. den Herrn Doktor für diese Zeit des Gebrauchs der persönlichen Freiheit beraubt hat, da sie wußte, daß er zu denjenigen Gesellschaftsklassen gehört, denen es unmöglich ist, ohne Fußbekleidung über die Straße zu gehen. Dies würde, so heißt es noch im Urtheil, das Schamgefühl des betreffenden Herrn verletzt haben. — Aus die Revision der Angeklagten hob das Reichsgericht das Urtheil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Davon, daß die Bewegungsfreiheit des Dr. K. für längere Zeit aufgehoben worden sei, könne keine Rede sein. Die sozialen Anschauungen hätten ihn an der Bewegungsfreiheit nicht hindern können, namentlich, wenn er, was wohl anzunehmen sei, noch im Besitz von Strümpfen und Morgenschuhen war. Ebenso wenig könne die Verurtheilung wegen verurtheter Nöthigung ausreicht erhalten werden, da eine physische Einwirkung auf den Körper des Genöthigten nicht festgestellt sei.

Der Kaufmann Lewinsky ist Standesbeamter und verurtheilt als solcher den Bezirk 10 B. den größten Berlin, von dem in letzter Zeit ein Theil abgezweigt worden ist. Am 7. September vorigen Jahres vollzog Lewinsky eine Eheschließung; nachher stellte sich heraus, daß der Ehemann das Alter der Ehemündigkeit (20 Jahre) noch nicht erreicht hatte. Er hatte sich nunmehr gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I wegen Vergehens gegen das Personenstands-Gesetz vom 6. Februar 1875 zu verantworten. Er entschuldigte sich damit, daß er in der fraglichen Zeit verreiselt gewesen sei und daß er sich darauf verlassen habe, daß die gesetzlichen Erfordernisse der Eheschließung vorhanden seien, weil sein Stellvertreter sonst stets zuverlässig gearbeitet habe. Sobald der Verhöf zu seiner Kenntniss gelangte, habe er sich selbst bei seiner vorgesetzten Behörde demüthigt und den Ehemann bestimmt, ein Gesuch um Dispens an den Justizminister zu richten; denn bekanntlich könne eine derartige Ehe innerhalb 6 Monaten durch Einspruch angefochten werden. Uebrigens habe er während seiner Amtszeit 18-20 000 Eheschließungen vollzogen und dies sei der erste Fall, daß ihm ein Versehen passirt sei. Der Gerichtshof sah das Vergehen als ein sehr mildes an und erkannte auf 10 Mark Geldstrafe event. 1 Tag Haft.

Eine unüberlegte Handlung ist der Waise Ottilie Gantwig, welche gestern unter der Anklage der versuchten Beamtenehehung vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I stand, ibener zu stehen gekommen. Es sind gegen die Angeklagte mehrere Anzeigen eingegangen, worin behauptet wurde, daß sie ihr Gewerbe nur als Deckmantel zur Kuppelerei benutze. Die angestellten Ermittlungen haben indessen nie soweit Befragungsmaterial ergeben, um nach der angeordneten Richtung hin gegen sie einschreiten zu können. Im November v. J. war wieder eine derartige Anzeige gegen die Gantwig eingegangen. Sie wurde vom Kriminalkommissar v. K. vernommen und dann mit beruhigenden Worten wieder entlassen. Thatsächlich ist die Sache denn auch wieder im Sande verlaufen. Am Tage nach der Vernehmung der Angeklagten erhielt der Kriminalkommissar v. K. einen französisch geschriebenen Brief von der Angeklagten. Es hieß darin, daß ihm der beigesagte Hundertmarckchein gesandt werde, um denselben nach Belieben zu verwenden, die Absenderin

vertraue im übrigen auf seine Gerechtigkeit und daß er in ihrer Sache mit Wohlwollen gegen sie vorgehen werde. Der Kriminal-Beamte übergab den Brief nebst Inhalt seiner Behörde, welche gegen die Absenderin den Strafantrag wegen Föfcherung stellte. Die Angeklagte behauptete im Termin, daß ihr ein strafbarer Beeinflussungsversuch auf den Kriminalkommissar völlig fern gelegen habe, der Gerichtshof gelangte aber zu der entgegengesetzten Ansicht und verurtheilte die Angeklagte zu einer Geldstrafe von 500 M. Es wurde außerdem die Beschlagnahme des Hundertmarckscheines verfügt.

Durch übermäßige schnelles Fahren mit einem leeren Kohlenwagen hat der Kutscher Wittmann ein schweres Unglück angerichtet, welches ihn gestern unter der Anklage der fahrlässigen Tödtung vor die 3. Strafkammer des Landgerichts I führte. Am Nachmittage des 5. Januar fuhr der Angeklagte am Scharberger Ufer entlang. Er hatte seinen Eig auf dem Wagen so niedrig, daß ihm die Aufsicht auf die Straße durch seine beiden Pferde verdeckt wurde. Dazu kam, daß es anfing zu dunkeln und daß der Angeklagte im scharfen Trab fuhr. Eine Frau, die den Fahrdamm überschreiten wollte, wurde von den Pferden zu Boden geworfen und überfahren. Personen, die 20 Schritte entfernt waren, hörten das Krachen der Knochen der Ueberfahrenen, welche nach wenigen Minuten verstarb. Der Angeklagte will nichts von dem Unglück bemerkt haben, obwohl Zeugen bezeugen, daß er Nähe hatte, sich auf seinem Eig zu halten, als der Wagen über den Körper der Frau ging. Der Gerichtshof hielt die Fahrlässigkeit für eine sehr grobe. Der Angeklagte wurde zu einem Jahre Gefängnis verurtheilt.

In der Sylvesternacht spielte sich in der Mummenschauspiel eine besonders schwere Ausschreitung ab. Mehrere angetrunkene junge Leute gingen Arm in Arm auf dem Bürgersteige, in übermäßiger Stimmung jeden anzurempeln, der ihnen nicht rechtzeitig Platz machte. Der Hausdiener Böring, der sich diese Behandlung nicht gefallen lassen wollte, erhielt Pöffe und Schläge gegen den Kopf, daß ihm der Hut zur Erde fiel. Als er sich bückte, um ihn aufzuheben, erhielt er von einem der jungen Leute, dem Tschaler Franz Kottke, einen Stich in den Rücken. Der Verwundete war unföhlig, sich wieder zu erheben, der Stich war mit so großer Wucht geführt, daß das Messer beinahe die Lunge berührt hatte. Böring hat längere Zeit in Lebensgefahr geschwebt. Kottke wollte im gestrigen Termine vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I dem Gerichtshof glauben machen, daß er sich im Zustande der Nothwehr befinden habe, seine Angaben wurden aber durch die Zeugenvernehmung widerlegt. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß der mündelbaren Messerföfcheri energisch entgegengetreten werden müsse, der Angeklagte wurde zu anderthalb Jahren Gefängnis verurtheilt und sofort in Haft genommen.

In zwei Monaten Gefängnis wurde der Steinträger Gangle gestern von der zweiten Strafkammer am Landgericht II verurtheilt, weil er gelegentlich eines Ausfluges auf einem Boot in der Hasenheide einen Streikbrecher mit Prügel bedroht hatte. Der Staatsanwalt, der die Anklage der Arbeiter energisch geföhnt wissen wollte, hatte vier Monate beantragt.

In Bezug auf die Passbarkeit von Eisenbahnen mit elektrischem Betrieb hat das Kammergericht dieser Tage eine wichtige grundsätzliche Entscheidung getroffen, welcher folgender Inhalt ist: Am 25. November 1895 stieß ein Kutscher des Fuhrherren Gutschow in Paulow in der Volkonskistraße mit einem Wagen der elektrischen Straßenbahn zusammen, wobei das eine der beiden Wagenpferde berührt wurde, daß es tödtet werden mußte. Es verlagte hierauf die Firma Siemens u. Halske als Eigentümerin der elektrischen Straßenbahn auf Schadenersatz in Höhe von 670 M. er wurde aber vom Landgericht I abgewiesen, da ein Verschulden des Wagenführers der Straßenbahn nicht nachgewiesen werden konnte. Im Gegentheil müsse man annehmen, daß der betreffende Wagenführer, der seit zwei Jahren in Diensten der Verklagten auf derselben Strecke thätig war, ein tüchtiger Bewohnmächtiger gewesen sei. Das Kammergericht schloß sich den Rechtsansichtungen des Vorderrichters an und erkannte deshalb auf Zurückweisung der Berufung.

Versammlungen.

Der Wahlverein für den sechsten Wahlkreis hielt am Dienstag für das Rosenfelder Viertel eine Versammlung in der Brunnensstraße ab. Die Entwicklung der Sozialdemokratie in den letzten wenig Jahren lautete das Thema, über das der Reichstags-Abgeordnete Genosse Zubeil in äußerst feffernder Weise referirte. Aufkündend an die von Vassalle vor 35 Jahren entfachte Agitation, die Entwicklung und das Verbot des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, erinnerte der Redner zugleich an die heftigen Kämpfe mit den „Eisenachern“, deren Verdringung namentlich von Tödtle und Yorl angeführt, aber mehr durch die Verfolgungen der damaligen preussischen Regierung endlich auf dem Einigungskongreß in Gotha im Jahre 1875 erreicht wurde, durch Gründung der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands“. Damals glaubte die „Stadigerichts-Deputation“ mit Hilfe des so berühmt gewordenen Staatsanwalts Lessendorfs die Sozialdemokratie zu vernichten, deren „Aufhebung“ durch Verbot vom 30. Mai 1878 für ganz Deutschland bereits erfolgt war. Jedoch die Hoffnungen der Gegner und die Voraussagen eines Lessendorfs wurden durch die großen Wahlerfolge im Jahre 1877 zu Schanden gemacht, als namentlich in Berlin das erste Mal zwei Wahlkreise erobert und die Gegner in größten Schrecken versetzt wurden. Das Ödel Attentat am 11. Mai 1878 kam wie ein von Bismarck ersehntes Ereignis, um durch ein bereits einige Wochen später dem damaligen Reichstag vorgelegtes Ausnahmengesetz den Vernichtungskampf gegen die erhaltene Partei einzuleiten. Der Ablehnung desselben folgte das Attentat Robling's am 2. Juni desselben Jahres. Am nunmehr zu beweisen, daß die Sozialdemokratie an diesen Attentaten die Schuld trage, verbreitete man in der darauf folgenden Nacht zum 3. Juni eine Depesche des Inhalts, daß Robling, der sich bekanntlich aus selbstmörderischer Absicht selbst schwer verwundet hatte, bei wieder erlangtem Bewußtsein zugefanden habe, „sozialistischen Tendenzen zu hulbigen“. Das jene Nachricht wie die bekannte „Eiserne Depesche“ gefälscht war, wurde durch eine nach dem Tode Robling's durch den „Börsen-Courier“ verbreitete Nachricht bewiesen, worin ausdrücklich erklärt wurde, daß Robling trotz aller ärztlichen Kunst und angewandten Mühe niemals auch nur auf Augenblicke zum Bewußtsein gekommen war. Aber die Einschüchterung der großen Volksmassen war gelungen und damit die Stimmung für das Ausnahmengesetz geschaffen. In beredter Weise schildert hierauf der Referent alle jene zahlreichen Verfolgungen, welche die deutsche Arbeiterklasse unter dem Ausnahmengesetz hat erdulden müssen, wie aber trotzdem die Anhänger der Sozialdemokratie ständig gewachsen sei, sodas diese heute die stärkste Partei in Deutschland geworden ist. Mögen die Genossen — so schloß der Redner seinen beifällig angenommenen Vortrag — aus der Vergangenheit lernen, daß ohne Opfer und Thatkraft die Erfolge und Triumphe unserer Partei unmöglich waren, und es großer Anstrengungen bedarf, um unter den gegenwärtigen Verhältnissen bei den nächsten Wahlen gegen die Brotwucherer und Volkssünde einen glänzenden Sieg zu erringen. Gutmann sowie auch Reichstags-Abgeordneter Klee's wünschten, daß man der Arbeiterpresse als ein bedeutendes Kampfmittel mehr Verbreitung verschaffen müsse; die Erziehung der Massen in den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu Klassenbewußten Arbeitern ist die wichtigste Aufgabe der Partei. Der Vorsitzende Leid machte u. a. noch bekannt, daß am nächsten Montag bei Hensel, Invalidenstr. 6, eine öffentliche Versammlung stattfindet, in der Genosse Singer referiren wird.

In einer von den sozialdemokratischen Frauen einberufenen Volksversammlung, die am 1. März bei Witel in der Hasenheide tagte, referirte Genossin Luise Jiech aus Hamburg über das Thema „Graf v. Pofadowsky und die Frauen“. Rednerin konsequente

In treffenden Ausführungen die bekannte Stellungnahme des Herrn v. Posadowsky zur Koalitionsfreiheit und zur sozialpolitischen Fürsorge für die Arbeiterklasse. In vielen Beispielen zeigte wiederum, daß die Arbeiter beiderlei Geschlechts, die hervorragend zur Erhaltung des Staates beitragen, nicht nur jedweden Schutz gegen die Anwendung ihrer Arbeitskraft nötig, sondern darauf auch ein wohlbegründetes Recht hätten. Ganz energisch sei dagegen zu protestieren, daß die deutsche Arbeiterklasse, weil ihr das allgemeine, gleiche Wahlrecht zur Verfügung stehe, gar nicht der Koalitionsfreiheit bedürfe. Abgesehen von allem andern, brauche man sich nur vor Augen zu halten, wieviel Millionen wertvoller Frauen das Wahlrecht nicht besitzen. — Hätte der Herr Graf wenigstens die Konsequenz gezogen und im selben Atemzuge auch den Frauen das Wahlrecht zugesagt! (Bravorufe der anwesenden Frauen.) Eine weitergehende sozialpolitische Befähigung solle und den Polizeidirektor bringen. Haben wir ihn nicht schon? Weist nicht die Polizeidirektion als mächtig in das wirtschaftliche und politische Streben der Arbeiter und Arbeiterinnen hinein? (Sehr richtig. Lebhafter Beifall.) Im weiteren Laufe ihres Referats trat die Rednerin energisch für die rechtliche Gleichstellung der Frauen mit den Männern ein und schilderte die Ausföhrungen, die der geheime Befehl des Ministers der Arbeiterschaft eröffnet. Unter lebhaftem Beifall forderte sie zum Schluß die versammelten Frauen und Männer auf, dafür zu sorgen, daß Herr v. Posadowsky für das angebotene Vorgehen gegen die Arbeiterklasse die richtige Danksagung erhalte. Nachdem noch Genossin W a d e r im selben Sinne gesprochen hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammelten erklären sich mit der Referentin einverstanden und protestieren entschieden gegen jede Beschränkung der Koalitionsfreiheit. Sie verlangen vielmehr eine ungehinderte Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit für Industrie- und Landarbeiter, sowie für das Gesehle. Die Versammlung verlangt ferner als notwendige Ergänzung der Pflichten des Weibes das geheime, gleiche und direkte Wahlrecht für die Frauen.“

Die Schuhmacher beschäftigten sich am Dienstag in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung mit dem wegen des Arbeitsnachweises zwischen Fabrikanten und Arbeitern schwebenden Konflikt. Der Redner resümierte den feilherigen Verlauf der Angelegenheit, wobei er betonte, daß es nicht zureichend sei, wenn die Fabrikanten in ihrem an die Arbeiter gerichteten Antwortschreiben behaupten, die Forderung der Beschäftigung der Arbeiter an der Verwertung des Arbeitsnachweises sei erst am 6. Februar zu ihrer Kenntnis gekommen. Wichtig sei, daß diese Forderung schon am 29. Januar vor dem Einigungsamt gestellt wurde, als es sich um die Frage handelte, ob in der Fabrikordnung die Bestimmung stehen bleiben solle, daß die Einstellung von der Verbringung des Arbeitsnachweises abhängig gemacht werden solle. Nachdem die Fabrikanten jetzt die von den Arbeitern gewünschten Verhandlungen vor dem Einigungsamt abgelehnt haben, habe die Kommission der Arbeiter nochmals mit den Fabrikanten Rücksprache genommen und den Beschäftigten erhalten, die Fabrikanten hätten eine Beschwerdekommision für den Arbeitsnachweis gewählt, die Arbeiter könnten dasselbe thun, dann werde man Beschwerden entgegen nehmen und den Beschwerdeführern mittheilen, warum sie von der Arbeit ausgeschlossen worden sind. Mit einer derartigen Entscheidung von Beschwerden, wo weder Untersuchung noch Entscheidung über dieselben stattfinden, könnten sich die Arbeiter aber auf keinen Fall einverstanden erklären. Wenn jetzt die Fabrikanten auf Verhandlungen wegen des Arbeitsnachweises vor dem Einigungsamt nicht eingehen wollen, so könne man wohl annehmen, daß die Klagen der Arbeiter über die Praxis der Arbeitsnachweise begründet seien und die Fabrikanten sich scheuen, dieselben öffentlich verhandelt zu sehen. In der Frage des Arbeitsnachweises hätten also die Fabrikanten die Abmachungen vor dem Einigungsamt nicht gehalten, ebenso in bezug auf die Wiedereinstellung der Streikenden. Es sei vereinbart worden, daß die Ausständigen, soweit ihre Plätze noch nicht besetzt waren, sofort wieder einzustellen seien, denjenigen aber, welche nicht sofort wieder angenommen werden konnten, weil für sie inzwischen andere Arbeiter eingestellt worden waren, sollte auf dem Arbeitsnachweis ein Vorrangrecht eingeräumt werden. Weder der eine noch der andere Theil dieser Verpflichtung sei strikte eingehalten worden. Durch den Arbeitsnachweis seien vier fremde Schuhmacher eingestellt worden, obgleich zu derselben Zeit noch eine Anzahl der durch den Streik Arbeitslosen auf dem Nachweisdureau anwesend waren. Gegenwärtig seien noch sieben der Streikenden arbeitslos. Die Agitationskommission hat — wie Herrmann ausführte, beschlossen, daß die Arbeiter sich an der Art der Entscheidung von Beschwerden, wie sie die Fabrikanten wünschen, nicht betheiligen können. Man würde sonst den Arbeits-

nachweis mit all seinen Mifständen anerkennen und dadurch Anlaß zu Unzufriedenheiten in den Reihen der Arbeiter geben. Die Agitationskommission sei der Meinung, daß die Ehre der Arbeiter erfordere, jetzt den Kampf anzunehmen. Sie rathe den Kollegen, am Mittwoch in den Streik einzutreten. Die Situation sei günstig und könnten die Arbeiter auf einen Erfolg ihres Vorgehens rechnen. In der ausgedehnten Diskussion traten nur zwei Redner auf, die Bedenken gegen den Streik hatten, die übrigen sprachen sich rückhaltlos für sofortige Wiedereinstellung der Arbeit aus. Die Versammlung sprach durch Annahme einer Resolution ihre Entrüstung über das bisherige Verhalten der Fabrikanten aus und beschloß mit allen gegen acht Stimmen, am Mittwoch in allen mechanischen Leder-, Schuh- und Fabriken die Arbeit niederzuliegen und so lange zu bleiben, bis sämtliche Forderungen bewilligt sind.

In einer gut besuchten Versammlung der Steinarbeiter, die im „Englischen Garten“, Alexanderstraße, tags, erhaltete am Dienstag die Tarifkommission Bericht über die Antwort der Meister auf die in letzter Versammlung gestellten Forderungen der Gesellen. In erster Linie über Abschaffung der Alford- und Einführung allgemeiner Tagelohnarbeit bei achtschändiger Arbeitszeit verlangt. Schall berichtet, daß man nichts unversucht ließ, in Güte mit den Arbeitgebern zu einem Resultat zu kommen, was jedoch nicht gelang; vielmehr hat man sich dahin geäußert, mit gewissen Personen der Kommission nicht mehr verhandeln zu wollen. Nunmehr ist nachstehendes Schreiben der Meister eingelaufen: Berlin, 20. Februar 1898. Herrn J. Schall hier. Hiermit zur Benachrichtigung, daß die gebräuchliche Tarifbestimmung einstimmig beschlossen hat, den bisherigen Tarif unverändert auf zwei Jahre zu verlängern, wenn diesem von der Gesellschaft zugestimmt und bis zum 1. März d. J. die bezügliche bindende Erklärung gegeben wird. Sie werden daher ersucht, hierüber das bezügliche der Gesellschaft zur Kenntnisnahme, Beratung und Beschlußfassung zu unterbreiten und über das Ergebnis dann gefälligst Mittheilung zu machen.“ Achtungsvoll G. Dittmer. — Redner fügt hinzu, daß das Schriftstück genau dem Verhalten der schlesischen Unternehmer angepaßt sei, wo man ebenfalls die Verlängerung des bisherigen Tarifs auf 2 Jahre mit einjähriger Kündigungsfrist den Arbeitern in Vorschlag gebracht hat, was letztere für unannehmbar erachteten, und darum neue Verhandlungen anbahnten. Gleichfalls verweist Redner auf den Streik der Steinarbeiter in Sulzfeld und die sich nun notwendig machenden Unterstühtungen der Streikenden, dabei ausdrücklich betonend, daß bei Fassung eines Beschlusses für die Steinarbeiter Verluß die angeführten Umstände genau erwogen werden müßten. Redner schließt: „Streiken wir morgen, lassen wir unsere Brüder in Schlesien und Sulzfeld in den Mäusen.“ In der Diskussion wird von verschiedenen Rednern hervorgehoben, daß der augenblickliche Zeitpunkt für eine ausschlaggebende Bewegung der Steinarbeiter äußerst ungünstig zu nennen sei, auch scheinen die Unternehmer nicht viel Lust zu haben, einen Keil in die Gehilfenschaft zu treiben, um so leichter operieren zu können; das Verlangen der Sulzfelder Meister, wonach man den Austritt aus der Organisation der Arbeiter zur Bedingung macht, lege verdetes Zeugnis für die frommen Wünsche der Herren ab. Thoma s tritt der Ansicht entgegen, als ob man sich mit Verlängerung des Tarifs auf zwei Jahre die Hände binde.

Nachdem noch Mittsche die Sulzfelder Verhältnisse gründlich demostriert und darauf verwiesen, daß die Unternehmer nichts unversucht lassen, alle Steinarbeiter in den Streik zu zwingen, wird folgende Resolution gegen 5 Stimmen angenommen: „In anbetragt der Verhältnisse erklärt sich die heutige öffentliche Steinarbeiter-Versammlung in Berlin und Umgebung mit dem Beschluß der Meister im Prinzip einverstanden und beauftragt die Tarifkommission, wegen einzelner Punkte mit den Meistern nochmals in Unterhandlung zu treten. Im übrigen spricht die Versammlung die Erwartung aus, daß auch in Bismarck und den schlesischen Sandsteinbrüchen so bald wie möglich eine Regelung stattfindet. Auf alle Fälle erklären sich die Berliner Steinarbeiter mit denen der oben genannten Orte solidarisch.“ — Weiter beschließt die Versammlung, die bisherige Tarifkommission bestehen zu lassen. Unter verschiedenen ert man das Ableben des Kollegen K e s t i n durch Erbeben von den Plagen.

In einer Versammlung der Glaser, die am Montag in den Kaminhallen tags, berichtete L a t t e über die Thätigkeit der Vertrauensmänner. Nach dem Bericht haben in dieser Periode außer einer größeren Anzahl Werksstühtungen 18 öffentliche Versammlungen stattgefunden und ferner wurden 6000 Flugblätter verbreitet. Die Einnahmen betragen 661.67 M., die Ausgaben 365.77 M. Die Abrechnung vom Streik konnte, da durch die Un-

regelmäßigkeiten einzelner Personen keine Klarheit über die Einnahmen und Ausgaben zu schaffen war, nicht gegeben werden. Nach dem Bericht des Gewerkschafts-Delegierten wurden J a h n und T h i l o w als Vertrauensmänner, N i l l a s, L e w i t z i und H e g e m a n n als Revisoren und K r a u s e, der bisherige Delegierte, als Delegierte zur Gewerkschaftskommission wiedergewählt. Am unter den Gläsern wieder einen besseren Zusammenhalt herbeizuführen, sollen in kürzeren Zwischenräumen öffentliche Versammlungen mit bekannten Referenten einberufen und rege für den Anschluß an die Organisation agitirt werden. Zur Deckung der Kosten sollen die Sammlungen zum Agitationsfonds eifrig betrieben und zu diesem Zweck der Vertrieb der Schutzgenießmarken fortgesetzt werden. Beschlossen wurde noch, einen Kranz auf den Gräbern der Märzgefallenen niederzuliegen und sodann ein Komitee gewählt, das die Arrangements zur Walfeier, die in den Kaminhallen stattfinden soll, zu leiten hat.

In Spandau fand am Donnerstag eine Protestversammlung gegen den bekannten Erlaß des Grafen v. Posadowsky statt; dieselbe war von etwa 700 Personen besucht. Genosse S c h i p p e l verbreitete sich in ausführlicher Weise über das jetzt bestehende Koalitionsrecht, das stets zu ungünstigen des Arbeiters gehandhabt wird. Redner kommt zu dem Schluß, daß man durch den genügend gekennzeichneten Erlaß einzig und allein beabsichtigt habe, auch den letzten Rest von Koalitionsfreiheit aufzuheben oder so einzuschränken, daß das ganze gewerkschaftliche Vorwärtsstreben einfach unmöglich werde. In der Diskussion vertreten S c h o l z und S c h r ö d e r denselben Standpunkt. Abdam wurde eine Protestresolution einstimmig angenommen. Auf Antrag des Genossen K l e g e r wurde noch beschlossen, am 18. März für die Spandauer gewerkschaftlich organisierten Arbeiter durch eine Deputation einen Kranz auf den Gräbern der Märzgefallenen niederlegen zu lassen.

Zu dem Bericht über die Versammlung der Arbeiter der Wäschebranche in Nr. 47 des „Vorwärts“ vom 25. Februar sendet uns die Firma Gebr. Ritter, Chauffeeer. 99, ein Schreiben, in welchem einige in jener Versammlung gemachte Behauptungen, genante Firma betreffend, als unrichtig bezeichnet werden. Es sei unklar, daß in der Fabrik des Herrn Ritter dieselbe Qualität Garn, die man im großen mit 27 1/2 Pf., im Kleinen mit 33 Pf. pro Rolle kaufen kann, für 50 Pf. an die Arbeiterinnen abgegeben werde. Die betreffende Sorte Garn koste vielmehr ein gros 48 1/4 Pf. Der Ueberschuß von 1 1/2 Pf. fliehe in die Arbeiter-Unterstützungskasse. Ferner sei es unrichtig, daß geübte Näherinnen 6, 8 bis 10 M. verdienen; bewährte Verdienste hätten schon Lehrlinge, die im ersten Jahre arbeiten.

Centralverein der German-Angestellten Deutschlands (Mitgliedschaft Berlin). Erste, abends 8 1/2 Uhr, bei Schiller, Referat über die Gewerkschaften. Vortrag des Herrn N i l l a g über: „Das U.-fallversicherungsgesetz.“

Centralverband der Kaufleute. Erste, abends 8 1/2 Uhr, bei Schiller, Referat über die Gewerkschaften. Vortrag des Herrn N i l l a g über: „Das U.-fallversicherungsgesetz.“

Verein für Körper- und Naturheilkunde. Erste, abends 8 1/2 Uhr, bei Schiller, Brunnenstr. 128: Projektions-Schiller-Vortrag über: Nervenkrankeheiten.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 20, Hamburg). Filiale Berlin a. Sonntag, den 6. März, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Pöhl, Adersstr. 123: Mitgliederversammlung.

Witterungsübersicht vom 2. März 1898, 8 Uhr morgens.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (0° C. = 32° F.)
Schwelmünde	746	SW	5	wolfig	2
Hamburg	745	SW	5	bedeckt	1
Berlin	749	WSW	3	heiter	1
Milchbaben	753	SW	2	halb bedeckt	3
München	755	WS	5	Schnee	0
Wien	753	SW	1	heiter	2
Papazanda	764	SO	2	wolfig	-4
Petersburg	764	SO	2	bedeckt	-4
Oslo	762	WSW	4	heiter	4
Aberdeen	750	WS	5	halb bedeckt	3
Paris	758	SW	2	wolkenlos	3

Wetter-Prognose für Donnerstag, 3. März 1898. Ein wenig kühler, zeitweise heiter, vorherrschend wolfig mit Nebereisigen und mäßigen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Donnerstag den 3. März

Damen-Kleiderstoffe

Reinwoll. Lodenstoffe ca. 115 cm breit, Mtr. 1.60 Mk.

Reinwoll. Crêpe-Beige ca. 115 cm breit, Mtr. 1.75 Mk.

Fantasie-Stoffe reine Wolle, engl. Muster, Mtr. 1.40 Mk.

Reinwoll. Crêpes ca. 115 cm breit, einfarbig, Mtr. 1.40 Mk.

Reinseidene Damassés, farbig, Mtr. 1.55 und 1.85 Mk.

Warenhaus A. Wertheim

Warenhaus A. Wertheim
Geschäftsdamen können, eventuell mit Pension, bei einer Beamtenwitwe einwohnen. Alexandrinenstraße 116. B. Reiff. [11106]

Für 36 Mark fertige feine Anzüge nach Maß, für 20 M. ff. Sommeranzüge nach Maß, für 8-12 M. feine Hosen nach Maß.
Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Niess's Fest-Säle
Weberstr. 17, ca. 1000 Vert. farb. Sommerabend, 26. März, 2. April und Palmsonntag frei. [4450L]
3 Photographien am Montag Abend 1. d. März, verlor sich. Der ehrl. Finder wird bel. geb. bef. bef. Weberstr. 68, v. IV, d. Frau Dreher abzug. [11215]

Goldabfälle.
Gold, Silber, Kupfer, Zinn, Platin u. Brillanten tauf die Scheideanstalt Himmelsstr. 32. [43062]
Möbeleinrichtung.
Ruhbaum, neu, beste Arbeit, billig verkauft. Admiraistr. 8, v. I. links.
Grünbaum-Gesellschaft in Borsdorf und Rolle verkauft. Blumenstr. 60. [11105]

Lohnende Fabrikationen.
Verlangen Sie Gratis-Anleitung des lauzr. Kataloges durch den Verlag „Der Erwerb“, Dresden-R. 7. 14/5
Betten.
Gardin, Bettmöbel, Anzüge, Herren-Moden, Regulator, sportlich Pfandische Reanderstr. 6.
Wohnung, 3 Zimmer, Nebengelass, Garteneinrichtung, 315 M., zu vermieten. Steglitz, Hornstr. 17. [11150]

2 Räume, ganze Wirtshaus, ist zu verm. Adr. u. K. Postamt 37. [11206]
Nur Vorderwohnungen zu vermieten.
Pappel-Allee 106) Ger. haus
Stargarderstr. 71)
Fenster, Stube, Küche u. Boden 15 bis 18 M. p. Monat. 2 große, 3 u. 2 Fenster. Stad., große Vert. Küche, 50 M. p. Monat.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, den 3. März.
Opernhaus. Cavalleria rusticana. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Der Burggraf. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Der Biberpelz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Lefling. Im weichen Röckl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ein Wintermärchen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Sein Eid. Anfang 8 Uhr.
Neues. Die Schildkröte. Anfang 7 1/2 Uhr.
Goethe. Hans Hübchen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Unter den Linden. Der Mikado oder: Ein Tag in Zippu. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Der Tugendwächter. Das Versprechen hinterm Herd. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Fortunio's Lied. Die kleinen Kämmen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Tugendfalle. Anfang 7 1/2 Uhr.
Volkstheater. Das Räthchen von Weisbrunn. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Die Stütze der Hausfrau. Anfang 8 Uhr.
Cfend. Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshäufchen. Die kleinen Bagabunden. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Verlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstr. 48/49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr - Wissenschaftliches Theater. - Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: - Ausstellungs-Saal und Vorträge. - Näheres die Tagesanschlage.

Passage-Panopticum. Im Theatersaal: Specialität-Vorstellung und die 8 lustigen Wienerinnen.

Castan's Panopticum. Friedrichstr. 165. Indisch-hindustanische Gaukler - und - Schlangen-Beschwörer. Das BÄRENWEIB.

Volks-Theater im Welt-Restaurant. 97. Drebbener-Strasse 97. Auf allgemeines Verlangen: Die heilige Ychme! Operetten-Vorleser in 2 Akten von D. Victor-Hoeder. Hauptrollen: Fialdo Dolmer: Robert Dill. Rosa: Ella Richter. Subdet: Otto Wendt. - Vorher: Erlauben Sie, Madame! Schwan in einem Aufzuge. Im vorherigen Saale: Tyroler Sänger Alois Ebner. Freitag, 4. März: Benefiz Robert Dill.

Das Geheimniss des Riesen-Erfolges. welches das 1. Original Budapest in Kaufmann's Variété von Tag zu Tag zu verzeichnen hat, liegt einzig und allein in der anerkannten Thatsache, dass die Direktoren Donat u. Anton Herrmann seit Jahren bestrebt sind, ihrem Publikum vom Guten nur das allerbeste, gediegenste und pikanteste zu bieten, und ist besonders ihr gegenwärtiger Schwank.

Apollo-Theater. Friedrichstr. 218. Dir. J. Glöck. Vollständig neues Programm. Mlle. Many, Ivner-Guillot, Fischer u. Wacker, Tonci Tonchette, Hr. Jigg, La Loie Fuller, Les Guitanas, Else Sadoni, Signer Salerno, Ida Head, Grant und Maud u. s. w. u. s. w. Kasseneröffnung 6 1/2, Anf. 7 1/2 Uhr.

Neues Olympia-Theater. (Circus-Renz.) Karlstrasse. Bolossy Kiralfy's Konstantinopel Feuer- und Flammentanz ausgeführt nicht von einer Person, sondern vom gesammten Ballet-Personal. ca. 1000 Mitwirkende, sowie das neue kolossale Specialitäten-Programm. Wiederauftreten von The jolly british girls. Anf. 8 Uhr. Sonntags 2 Vorst. Sonnabend, 5. März: Letzter grosser Maskenball. Nachm. 1 Kind frei.

Quarg's Vaudeville-Theater nur im Grand Hotel Alexanderplatz. Vollständig neues Programm mit gänzlich neu engagierten Kräften. Ervaf! Schwan nach dem Französischen. Die Ballhaus-Anna. Bilder a. d. Berliner Volkstheben. Großes Specialitäten-Programm. Anton Sattler! Nach dem Valle. Unentbehrliche Vitaphotocop (lebende Photographien). Anf. 8 Uhr. Entree 15 Pf.

Feen-Palast Burgstrasse 22. Grosse Völker-Schauausstellung veranstaltet v. d. Verwaltung des Wiener Zoologischen Gartens. Asehanti-Dorf und Javaner-Dorf 137 Eingeborene. Täglich: Konzert - u. Soli-befestigungen. Geöffnet von 11 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends. Eintritt 50 Pf., Kinder und Militär 25 Pf.

Reichshallen-Parterre-Saal. Heute, Donnerstag: Letzter gr. Masken-Ball. Billets an der Kasse und Looser & Wolff.

Reichshallen-Theater. Das neue glänzende März-Programm. Nur allererste Kunstkräfte. Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf. Alcazar-Theater. Drebbenerstrasse 52/53 (City-Passage) Blumenstrasse 42/43. Direction: Richard Winkler. Ab 1. März 1898: Durchweg neues Programm. Neues Personal. Neue Specialitäten. Dana und Klara Sarno, Mary Ramm, Anton Hildsch, Helene Werner, Karl Müller, Betty Frey, Litta Wanda, Adolf Adolfs, Familie Reisch (4 Personen). Die kleine Handschuhmacherin. Charakterbild mit Gesang in 1 Akt. Die erste Todte. Schwan in 1 Akt. Sonntag 8 Uhr. Montag 8 1/2 Uhr. Dienstag 8 1/2 Uhr. Die für den Feen-Palast angegebenen Ehren- und Preisarten haben Gültigkeit.

Konzert-Sanssouci Rottbuser Straße Nr. 1a. Direction: S. Pierry. Ganz neues März-Programm. Eine Stunde Kaiser von Oesterreich Lustspiel in 1 Akt. Der Hausschlüssel. Schwan in 1 Akt. Auftr. von Spezialität. Carl Rangas. Gebr. Clarison mit ihren Anglo-amerikan-Biograph (leb. Photographen). Mit theilweise bunten Bildern. Bilder noch nicht gezeigt. Entree 30 Pf. Anfang 8 Uhr. 7 Uhr der Vorstellung 8 Uhr. Passepartouts haben Gültigkeit.

Maehr's Theater Oranien-Strasse 24. Täglich: Theater und Specialitäten. Kolossaler Erfolg von Die Nadel- und Nadelmadel. Volksstück mit Gesang in 2 Akten von Eugen Frey. Musik v. Otto Tiska. Anfang: Sonntags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

W. Noack's Theater Brunnen-Strasse 16. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag: Gr. Extra-Theatervorstellung Eine Berliner Waisfrau oder: Müller u. Müller. Schwan in 3 Akten v. G. Borger. Versprechen hinterm Herd. Singpiel in einem Akt v. Baumann. Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Circus Busch (Bahnhof Börse). Donnerstag, den 3. März 1898. abends 7 1/2 Uhr: Grande Soirée equestre. Neu! Monstre-Poisourri von 24 Hengsten, dress. und vorgef. vom Director Busch. Außerdem: Auftreten aller neu engagierten Reitsportlerinnen und Reitsportler. Die neu engagierten vorzüglichen Reiter Nipp und Tipp. Die ausgezeichneten musikalischen Excentrics Gebr. Krausnick, Geism. Lorch mit ihren großartigen Karicaturen Spielen zu Pferde. Hr. Scharfbrülle, ger. v. 6 Damen und 6 Herren. Die Doganfahrt mit eigens dazu dress. Pferde, ausgef. von Madame Doré. Hr. Reiterinnen-Poisourri a) Romie. Antoinette, Parforceretterin, b) Geism. Powell. Pas de deux von Frau. Siennow und Fanny. Soliste.

Zaragoza. Orig. Manège-Schauspiel des Circus Busch. Besonders hervorzuheben: Die weiblichen Panzerreiter. Der Sturz von der 60 Fuß hohen Brücke ins Wasser. Der pompöse grüne Akt. Morgen 7 1/2 Uhr: Humoristische Vorstellung.

Robert Drescher. Lindenstr. 218, am Schön. Thor. empfiehlt sein Weiß- und Bairisch-Pierlotel nebst schönem Vereinszimmer. 44000

Concerthaus Leipzigerstr. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen. Sonntag 7 Uhr. Montag 8 Uhr.

Feuerstein's Festsäle Alte Jakobstr. 75. Jny. Martin Herzberg. Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. kulantesten Bedingungen. Empfehlung allen Freunden u. Bekannten mein Weiss-, Bairischbier- und gr. Speisegeschäft. Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf., sowie Abendessen à la carte von 30 Pf. an. 2 Bierzimmer mit Klavier für 20-50 Personen. H. Stramm, Rest., Ritterstr. 123.

100 Mark Belohnung! englische Bulldoghündin, 1 Jahr 4 Monate alt, hellbraun, mit dunklen Streifen, gebogener Schwanz. Erkennungszeichen: hat Junge, ist Dienstag Abend 7 Uhr in der Königräber-Strasse zwischen Tattersall am Brandenburger Thor und Voss-Strasse verloren gegangen. Nachrichten werden erbeten nach Tattersall am Brandenburger Thor, Königräberstrasse 140 pl., für Carl von Siemens.

Betten Stand 10,00, Mandar. Damm. 2,50, Bettdecken, Steppb., Bettwäsche, Gardinen, Spottb., Bettenhaus Reanberstr. 8.

Wichtig für Brautleute! Möbel, Spiegel, Porzellan, waren verlaufe wegen Erbpacht der Bodenmiete bedeutend billiger. Gg. Wertheimer, 44182, Tischlermeister, 44182, Bukow, Invaliden-Strasse 13.

Für 2-3 Mark Reste sehr groß zu Anzeigen, Reste zu Herrenanzügen, schöne Hüter 7-10 M. für 12 M. ff. Chelot auch Kommanzette, Paletot und Dolmante so lange der Vorrath reicht im Riesenstofflager Aranjestr. 14, I., kein Laden. Möbel-Verkauf.

Oranienstr. 73. Hof I. in meinem vier Etagen hohen Speichergebäude hatte ich in überraschend großer Anzahl ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Stücke in ganz einfacher sowie eleganter Ausattung. Sogar billige Einfassungen für Brautleute. Täglich Eingang verließen gewesener und gebrauchter Möbel aller Arten zu billigen Preisen. Transport frei Haus. Berlangen Sie bitte mein Musterbuch mit Abbildungen gratis und franco.

Arbeiter-Bildungsverein Schöneberg. Sonnabend, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr, im grossen Saale der Schlossbrauerei, Hauptstrasse 112-114: Vortrag des Hrn. Alfons Borchard-Berlin über: Heinrich Heine. Nach dem Vortrag: Geselliges Beisammensein und Tanz. Eintritt nur für Mitglieder und deren Familienangehörige. - Mitgliedsbuch legitimirt. - Entree 10 Pf. - Tanz frei. Der Vorstand.

Concerthaus Leipzigerstr. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen. Sonntag 7 Uhr. Montag 8 Uhr.

Arbeiter-Bildungsverein Schöneberg. Sonnabend, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr, im grossen Saale der Schlossbrauerei, Hauptstrasse 112-114: Vortrag des Hrn. Alfons Borchard-Berlin über: Heinrich Heine. Nach dem Vortrag: Geselliges Beisammensein und Tanz. Eintritt nur für Mitglieder und deren Familienangehörige. - Mitgliedsbuch legitimirt. - Entree 10 Pf. - Tanz frei. Der Vorstand.

Achtung! Maurer. Achtung! Freitag, den 4. März, abends 8 Uhr, in der Tonhalle, Friedrichstraße 112: Große öffentl. Versammlung der Maurer Berlins. Tages-Ordnung: Unsere Forderungen für das Jahr 1898 und wie gedanken wir dieselben zur Durchführung zu bringen. Der wichtigen Tagesordnung wegen erwarten wir das Erscheinen eines jeden Berliner Maurers. Die Lohnkommission.

Zum Besten des Baufonds der Freireligiösen Gemeinde. Montag, den 21. März, abends 9 1/2 Uhr, in J. Keller's gr. Festsaal, Kopenstrasse 29: Vortrag des Schriftstellers Herrn Otto Friedrich: Spiritistischer Humbug mit Experimenten. Die Bankkommission.

Arbeiter-Bildungsverein Schöneberg. Sonnabend, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr, im grossen Saale der Schlossbrauerei, Hauptstrasse 112-114: Vortrag des Hrn. Alfons Borchard-Berlin über: Heinrich Heine. Nach dem Vortrag: Geselliges Beisammensein und Tanz. Eintritt nur für Mitglieder und deren Familienangehörige. - Mitgliedsbuch legitimirt. - Entree 10 Pf. - Tanz frei. Der Vorstand.

Concerthaus Leipzigerstr. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen. Sonntag 7 Uhr. Montag 8 Uhr.

Feuerstein's Festsäle Alte Jakobstr. 75. Jny. Martin Herzberg. Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. kulantesten Bedingungen. Empfehlung allen Freunden u. Bekannten mein Weiss-, Bairischbier- und gr. Speisegeschäft. Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf., sowie Abendessen à la carte von 30 Pf. an. 2 Bierzimmer mit Klavier für 20-50 Personen. H. Stramm, Rest., Ritterstr. 123.

100 Mark Belohnung! englische Bulldoghündin, 1 Jahr 4 Monate alt, hellbraun, mit dunklen Streifen, gebogener Schwanz. Erkennungszeichen: hat Junge, ist Dienstag Abend 7 Uhr in der Königräber-Strasse zwischen Tattersall am Brandenburger Thor und Voss-Strasse verloren gegangen. Nachrichten werden erbeten nach Tattersall am Brandenburger Thor, Königräberstrasse 140 pl., für Carl von Siemens.

Betten Stand 10,00, Mandar. Damm. 2,50, Bettdecken, Steppb., Bettwäsche, Gardinen, Spottb., Bettenhaus Reanberstr. 8.

Wichtig für Brautleute! Möbel, Spiegel, Porzellan, waren verlaufe wegen Erbpacht der Bodenmiete bedeutend billiger. Gg. Wertheimer, 44182, Tischlermeister, 44182, Bukow, Invaliden-Strasse 13.

Für 2-3 Mark Reste sehr groß zu Anzeigen, Reste zu Herrenanzügen, schöne Hüter 7-10 M. für 12 M. ff. Chelot auch Kommanzette, Paletot und Dolmante so lange der Vorrath reicht im Riesenstofflager Aranjestr. 14, I., kein Laden. Möbel-Verkauf.

Arbeiter-Bildungsverein Schöneberg. Sonnabend, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr, im grossen Saale der Schlossbrauerei, Hauptstrasse 112-114: Vortrag des Hrn. Alfons Borchard-Berlin über: Heinrich Heine. Nach dem Vortrag: Geselliges Beisammensein und Tanz. Eintritt nur für Mitglieder und deren Familienangehörige. - Mitgliedsbuch legitimirt. - Entree 10 Pf. - Tanz frei. Der Vorstand.

Achtung! Bilderrahmenmacher. Achtung! Sonnabend, den 5. März, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstrasse 72: V. Stiftungs-Fest. Festrade. Grosse Bilderverloosung. In den Gauen: Humoristische Vorträge. Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein Das Komitee.

Arbeiter-Bildungsverein Schöneberg. Sonnabend, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr, im grossen Saale der Schlossbrauerei, Hauptstrasse 112-114: Vortrag des Hrn. Alfons Borchard-Berlin über: Heinrich Heine. Nach dem Vortrag: Geselliges Beisammensein und Tanz. Eintritt nur für Mitglieder und deren Familienangehörige. - Mitgliedsbuch legitimirt. - Entree 10 Pf. - Tanz frei. Der Vorstand.

Concerthaus Leipzigerstr. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen. Sonntag 7 Uhr. Montag 8 Uhr.

Feuerstein's Festsäle Alte Jakobstr. 75. Jny. Martin Herzberg. Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. kulantesten Bedingungen. Empfehlung allen Freunden u. Bekannten mein Weiss-, Bairischbier- und gr. Speisegeschäft. Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf., sowie Abendessen à la carte von 30 Pf. an. 2 Bierzimmer mit Klavier für 20-50 Personen. H. Stramm, Rest., Ritterstr. 123.

100 Mark Belohnung! englische Bulldoghündin, 1 Jahr 4 Monate alt, hellbraun, mit dunklen Streifen, gebogener Schwanz. Erkennungszeichen: hat Junge, ist Dienstag Abend 7 Uhr in der Königräber-Strasse zwischen Tattersall am Brandenburger Thor und Voss-Strasse verloren gegangen. Nachrichten werden erbeten nach Tattersall am Brandenburger Thor, Königräberstrasse 140 pl., für Carl von Siemens.

Betten Stand 10,00, Mandar. Damm. 2,50, Bettdecken, Steppb., Bettwäsche, Gardinen, Spottb., Bettenhaus Reanberstr. 8.

Wichtig für Brautleute! Möbel, Spiegel, Porzellan, waren verlaufe wegen Erbpacht der Bodenmiete bedeutend billiger. Gg. Wertheimer, 44182, Tischlermeister, 44182, Bukow, Invaliden-Strasse 13.

Für 2-3 Mark Reste sehr groß zu Anzeigen, Reste zu Herrenanzügen, schöne Hüter 7-10 M. für 12 M. ff. Chelot auch Kommanzette, Paletot und Dolmante so lange der Vorrath reicht im Riesenstofflager Aranjestr. 14, I., kein Laden. Möbel-Verkauf.

Arbeiter-Bildungsverein Schöneberg. Sonnabend, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr, im grossen Saale der Schlossbrauerei, Hauptstrasse 112-114: Vortrag des Hrn. Alfons Borchard-Berlin über: Heinrich Heine. Nach dem Vortrag: Geselliges Beisammensein und Tanz. Eintritt nur für Mitglieder und deren Familienangehörige. - Mitgliedsbuch legitimirt. - Entree 10 Pf. - Tanz frei. Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsverein Schöneberg. Sonnabend, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr, im grossen Saale der Schlossbrauerei, Hauptstrasse 112-114: Vortrag des Hrn. Alfons Borchard-Berlin über: Heinrich Heine. Nach dem Vortrag: Geselliges Beisammensein und Tanz. Eintritt nur für Mitglieder und deren Familienangehörige. - Mitgliedsbuch legitimirt. - Entree 10 Pf. - Tanz frei. Der Vorstand.